

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Zahlstellen-Anzeigen die 3 getheilte Kolonnen-Zeile 50 s. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von M. Brey. Druck von E. A. S. Meister & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: S. Prüll, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, 2. St. — Fernsprech-Anschluss 3002.

Osterwunder

Das ist der Geist des Winters: kalt und starr
Und lichtlos sei das Land! Was sich bewegt,
Er drückt es nieder mit der rauhen Hand,
Was eine tiefe Kraft emporgehagt.
Mit weißen Flocken deckt er gelbes Laub
Und fesselt hart der Ströme rasche Fluten;
Er ruft am Tag die Nacht und läßt das Licht
In grauen Nebeln mitleidlos verbluten.

Still sei die Erde, atemstill und tot
Und unbelebt vom heißen Drang der Kräfte!
Indessen so der Sieger Winter droht,
Quillt schon empor das Heer der Frühlingsäfte.
Half es ihm je, daß er den Sturm entfacht
Und Knospen brach mit seiner Faust, der rauhen?
Die junge Kraft, sie war und blieb am Bauen
Und frische Triebe sproßten über Nacht.

Und in die trüben Tage warf das Licht
Hell und erwärmend sei. Strahlengarben,
Und wo du hinschaust, schmückt sich alles Land
Mit hellem Grün und frohen Wunderfarben.
Der Sieger einst, er wandte sich zur Flucht;
In weiche Erde dringt nun Pflug und Spaten;
Die Wasser stürzen rauschend aus der Schlucht
Und tränken Blüte, Knospe, Keim und Saaten.

O größtes Osterwunder! Jahr für Jahr
Zeigst du uns so ein Bild des eignen Strebens:
Es drückt der Segner kaltgesinnte Schar
Rauh auf die besten Kräfte unsres Lebens.
Zurück! so tönt ihr starres Herrscherwort;
Zurück - und bleibt geduldig in der Tiefe!
Uns aber ist, als ob der Frühling rief
Zum frohen Bauen fort und immerfort.

Was in den Herzen quillt mit heißer Macht,
Was in den Sinnen lebt mit starken Trieben,
Was jeder Tag befiehlt: Erkennt und schafft!
Von keiner Macht wird's, keinem Haß zerrieben.
Und wick't's im stillen einmal eine Zeit,
So ruh't's doch nicht und wird uns niemals sterben.
Es kommt der Tag, dann steht es kämpfbereit
In Frühlingskraft, um Licht und Brot zu werben! e. p.

Noch ist nicht Auferstehungstag!

Noch starrt die ganze Welt in Wajen,
So grauenvoll wie nie zuvor;
Noch scheint zum Schlachtfeld sie geschaffen
Und nicht zum bunten Blütenflor.
Noch tobt der Krieg mit seinen Schrecken
Und treibt den Segen aus dem Land,
Und drückt dem Fleiß ein Bettelsteden,
Dem Raub ein Zepter in die Hand.

Robert Seidel.

Am Ostermorgen ist der gekreuzigte Gottessohn von den Toten auferstanden, um seine Gottheit zu manifestieren und um auf Erden sein Reich des Friedens und der Nächstenliebe zu errichten. So lehrt's die Kirche seit fast zwei Jahrtausenden. Wer daran glaubt — niemand von uns hindert ihn; wir schließen niemand aus unsrer Gemeinschaft aus, der das Osterevangelium für unantastbare Wahrheit hält.

Aber wir fordern von ihnen das Recht, am Osterfeste unsern Glauben bekennen zu dürfen. Und der vermengt sich an jedem Auferstehungsfeste mit dem hohen Liede des menschlichen Leidens und der Erlösung; höher und gewaltiger und weltumfassender als in der Gegenwart ist dieses hohe Lied noch niemals erklingen aus den Reihem der Millionen von Ausgebeuteten und Unterdrückten. Denn die Massen der Vergangenheit litten, ohne zu wissen. Sie glaubten nur. Die römischen Proletarier, die unter den furchtbaren Wehen des verfaulenden Römerreiches schmachteten, glaubten an eine weltliche Erlösung, nicht an eine seelische nur, wie man uns glauben machen will; sie hofften auf die nahe Wiederkehr Christi, von der sie die Zerschmetterung ihrer Bedränger und Bürger, die Aufrichtung eines tausendjährigen Reiches der Brüderlichkeit und Glückseligkeit erwarteten. Sie glaubten, höhere Mächte walteten über ihnen, Gottheiten bestimmten ihre Schicksale und lenkten ihr Dasein. Sie glaubten, daß kommen werde ein großer Tag des Gerichts über alles Schlechte und daß siegen werde unter Erlegung schwerer Sühneopfer für die gehäuften Schuld der Zeiten Jehovas Sache zum Heil des Volkes. Und so erwartete man all die Jahrhunderte hindurch die Sendung des Heils vom Himmel, das Kommen des Erlösers. Wenigstens die Armen und Elenden. Die Reichen schufen sich inzwischen den irdischen Himmel, die irdische Glückseligkeit.

Aber die Jahrhunderte rollten vorüber, das tausendjährige Reich blieb aus, die Hoffnungen auf die Wiederkunft Christi trugen. Die ökonomischen Verhältnisse waren damals noch nicht dazu angetan, die sozialistischen Tendenzen des Urchristentums allgemein zu verwicklichen. Soweit es in ihrer Macht stand, suchten die Christen der ersten Jahrhunderte ihre brüderliche Auffassung der Nächstenliebe zu betätigen. Sie führten Gütergemeinschaft ein, sie taten sich in Gemeinden zusammen, in denen die Genutzmittel allen gemeinsam waren, — kurzum: daß der kommunistische Zug im Urchristentum sehr stark war, beweist die Tatsache, daß noch im sechsten Jahrhundert, als das Christentum längst Staatsreligion geworden und hierarchisch verknüchert war, Gregor der Große schrieb: „Es genügt nicht, daß man andern ihr Eigentum nicht nimmt, man ist nicht schuldlos, solange man Güter sich vorbehält, die Gott für alle geschaffen hat. . . . Wenn wir mit denen teilen, die in der Not sind, dann geben

wir ihnen nicht etwas, was uns gehört, sondern was ihnen gehört. Es ist nicht ein Werk der Barmherzigkeit, sondern die Zahlung einer Schuld.“

Von diesem Kommunismus ist, wie man weiß, das heutige Christentum abgekommen, schon seit Thomas v. Aquino. Und abgekommen sind Hunderttausende ehemals Gläubige auch von dem Glauben an die Wiederkehr eines himmlischen Erlösers. In einem noch nie erlebten weltgeschichtlichen Massenprozeß offenbart sich das wahre Seelenleben unsrer Zeit. Die Träger der bedeutendsten Erscheinung unsrer Zeit, nämlich der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Massenkämpfe der Gegenwart, die aufgeklärten Arbeiter, die an der Neugestaltung der menschlichen Gesellschaft, am Siege des unverjährbaren Rechtes der Arbeit schaffen, die die Beseitigung der vom Christentum als zu Recht bestehend erklärter Klassenherrschaft anstreben, die haben erkannt, daß für sie der Auferstehungstag noch nicht angebrochen ist. Die blicken — und ihrer sind viele Millionen! — über das Golgatha bei Jerusalem hinaus in den langen Passionsweg, den die Menschheit durchgemessen hat; ihre Blicke ruhen auf der Menschheit Golgatha, auf den Gräbern der unzähligen Märtyrer, die Gut und Glück, Blut und Leben hingegeben haben für die erlösende Idee, die sie besaßen. Sie wissen, daß nicht Gnade oder Unnade eines Herrn ihr Los entscheidet, sondern die unpersonliche kollektive Macht des Kapitals sie niederhält; sie wissen, daß ihr Auferstehungsfest nicht kommt, bevor nicht die Kapitalmacht besiegt ist, die heute die Massen hin und her schleudert zwischen dem Fegfeuer der Beschäftigung und der Hölle der Arbeitslosigkeit, zwischen Werkstatt und Straße. Sie wissen, daß nicht ein einzelner sie erlösen kann. Immer wuchs die Erlösung von bestimmten Rebellen aus dem nie rastenden Menschengeist; auf den Flügeln der Idee eilten die Märtyrer der Menschheit voraus auf dem Passionswege, der zur Erlösung führt. Noch ist die Menschheit nicht am Ende dieses Weges; noch hat sie schlimme Leidenstationen zu überwinden, noch hat sie ihr Golgatha, denn noch hat sie die Menschwerdung der Menschheit nicht vollbracht.

Noch nicht! Aber — und dieses „Aber“ ist unser herrlicher Oterglaube! — die besten Kräfte der Völker sind am Werke, sie zu vollbringen, und dieses Werk wird, wenn auch unter neuen Kämpfen und Leiden, ganz gewiß gelingen. Und dann feiern wir unser Auferstehungsfest. Denn für uns ist die Erlösung der Menschheit kein Mythos mehr, sondern eine Entwicklung, an der die Massen mitmachen. Schon heute kürzen die Legionen der unschuldig zur Zwangsarbeit Verurteilten das Fegfeuer der Werkstatt täglich ab durch die Achtstundebewegung und bewahren viele Kameraden davor, in die Hölle der Arbeitslosigkeit hinabgeschleudert zu werden. Sie vermindern die Qualen jenes Fegfeuers durch Arbeiterschutzgesetze und Gewerkschaften, die Schrecken dieser Hölle durch öffentliche und gewerkschaftliche Einrichtungen. Und sie kämpfen um politische Freiheit, um das Angeficht eines Herrn überhaupt nicht schauen zu müssen, sondern als Gleiche mit Gleichen das allgemeine Beste mitzubestimmen. In der Welt ihres Empfindens ist kein Raum mehr für den Gedanken fremder Gnade. Kein einzelner kann ihnen abnehmen, was auf ihnen lastet an Sorge und Leid; sie wissen, daß sie sich durch dieses Dasein bis zum letzten Ende hindurch kämpfen müssen, wissen, daß es ein gefährlicher Glaube ist, von fremder Macht

Erlösung zu erwarten, denn er verführt zu leicht die Menschen, ihr tätiges Glück zu verträumen. Diese Massen sind nicht mehr so bequem, zu denken, daß einer zu leisten vermöchte, was doch alle vollbringen müssen. Sie fühlen, daß die Qualen des einzelnen aus den Qualen der Gesamtheit fließen, daß der einzelne also nur auferstehen kann in der Auferstehung aller. Das ist ihr Oterglaube.

Aber wir glauben nicht nur, wir wissen auch. Denn die Erfahrung lehrt uns, daß eine fortschreitende Entwicklung in Wissenschaft, in der Gesellschaft und in der Natur stattfindet. Immer mannigfacher wird das Wissen, immer mannigfacher werden die Lebens- und Genutzmittel, die sich die menschliche Gesellschaft zu erwerben vermag, immer mannigfacher wurden die Organe und Fähigkeiten der später im Vergleich mit den früher entstandenen Arten. Von der Monere (dem einzelligen, nur mit Mikroskopen wahrnehmbaren Lebewesen) bis zum Menschen: welche gewaltige Entwicklung! Der Ahne von Goethe, Marx und Lassalle — ein Pflücker, das sich geschlechtslos durch Teilung vermehrte! All das zeigt uns, daß, wenn unsre Erde einst untergegangen sein wird, wenn sie aus der Zeit fortschreitender Entwicklung zum Untergang verurteilt ist, neue Weltkörper entstehen werden mit immer mannigfaltigeren Entwicklungsmöglichkeiten, so wie Goethe es uns lehrt:

„Und ungeschaffen das Geschaffne,
Dahin sich's nicht zum Starren waffne,
Wird ewiges, lebend'ges Tun;
Und was nicht war, nun will es werden
In reinen Sonnen, farb'gen Erden.
In keinem Falle darf es ruhn.
Es muß sich regen, schaffen handeln,
Eist sich gestalten, dann verwandeln,
Nur scheinbar sich's Momente still.
Das Ewig regt sich fort in allen,
Denn alles muß in nichts zerfallen,
Wenn es im Sein beharren will.“

In diesem Sinne erweitert sich die Ueberzeugung des Proletariats von der Zukunft der eigenen Klasse zu dem Glauben an die Zukunft der Welt. Aber:

„Doch glauben wir nicht nur und hoffen,
Wir wirken auch für Recht und Brot,
Und kämpfen, bis uns Herz getroffen
Uns hat der Meisterhühe Tod.“

Erdrosselung des Koalitionsrechtes mit Polizeischlingen.

Das unangenehme Schreien der Scharfmacher aller Schattierungen nach einem Verbot des Streikpostenstehens ist von Erfolg gewesen. Die wiederholt gestellten Anträge seitens der Konservativen im Reichstage, durch ein besonderes Gesetz das Streikpostenstehen zu verbieten, sind zwar abgelehnt worden, aber die Scharfmacher haben sich dadurch nicht entmutigen lassen. Die Agrarier und Grobkundlichen, die geborenen Terroristen, die jeden Augenblick bereit sind, alle Volksrechte niederzutreten und die Arbeiterchaft zu rechtlosen Sklaven zu machen, verlegten nach ihren Mißerfolgen im Reichstage das Kampffeld in den preussischen Landtag. Unter der falschen Maske, „Schutz der per-

jönlichen Freiheit" ging man in der preussischen Sunterkammer dem Koalitionsrecht zu Leibe. Im Reichstage kämpften die Reaktionsäre unter dem Schlachtraf: „Schutz den Arbeitswilligen! Gemeint war aber immer dasselbe, nämlich, Schutz des Geldfacks. Draußen tobte der Kampf weiter. Die Waffen in diesem Kampfe sind Verleumdung und Beschimpfung der Gewerkschaften. Da der Geldfack bedroht ist und die Streiks für Arbeiter von Erfolg sind, wenn sie durch ihre Streikposten die Arbeitsuchenden über das Bestehen eines Streiks und seine Ursachen aufklären, so mußte das Streikpostenfischen unter allen Umständen verboten werden. Ging es nicht mit Hilfe von Parlament und Gesetzgebung, so eben ohne dieses.

Die preussische Regierung, als treuer Wahrer von Geldfackinteressen, hat den kläffenden Scharfmachern durch den Polizeiminister v. Dallwitz im Landtage erklärt, daß an sämtliche Oberpräsidenten der preussischen Provinzen Anweisungen ergangen sind, Polizeiverordnungen „zum Schutze der persönlichen Freiheit und des Eigentums“ zu erlassen. Der Oberpräsident von Schlesien hat denn auch prompt folgende Polizeiverfügung angeordnet:

„Auf Grund der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (Gesetzammlung S. 265), des § 10 Teil 2 Titel 17 des Allgemeinen Landrechts, des § 366 Ziffer 10 des Reichsstrafgesetzbuchs sowie der §§ 137, 139 und 141 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Gesetzammlung S. 195) wird mit Zustimmung des Provinzialrats für die Provinz Schlesien verordnet, was folgt:

- § 1. Den Anordnungen der polizeilichen Aufsichtsbeamten, die
 - a) zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung, insbesondere zum Schutze der Personen und des Eigentums,
 - b) zur Erhaltung der Ruhe, Sicherheit, Ordnung und Bequemlichkeit des Verkehrs auf den öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder Wasserstraßen

geworfen werden, ist Folge zu leisten.
 § 2. Zuwiderhandlungen werden, soweit nicht die im § 366 Ziffer 10 des Reichsstrafgesetzbuchs angedrohte Strafe (Geldstrafe bis zu 60 Mark oder Haft bis zu 14 Tagen) eintritt, mit einer Geldstrafe bis zu 60 Mark und im Falle des Unvermögens an deren Stelle mit entsprechender Haft bestraft.

§ 3. Die denselben Gegenstand regelnden Vorschriften der Bezirks-, Kreis- und Ortspolizeiverordnungen werden aufgehoben.

§ 4. Diese Polizeiverordnung tritt mit dem Tage ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Breslau, den 26. Februar 1914.
 Der Oberpräsident der Provinz Schlesien,
 gen. von Guenther.

O. P. I. A. 396. (L. S.)

In dieser Polizeiverordnung steht zwar kein Wort vom Verbot des Streikpostenfischens, aber wer im öffentlichen Leben einigermaßen Bescheid weiß und wer die Motive kennt, die zu dieser Polizeiverordnung geführt haben, der weiß, daß sich dieser oberpräsidiale Akt einzig und allein gegen die Gewerkschaften und das Streikpostenfischen richtet. Denn in der Sitzung des preussischen Landtags vom 11. Februar d. J. haben die Ober-Scharfmacher, vor allem die Ultrationalen Rößling und Fuhrmann und der freikonserervative Freiherr v. Zedlitz, bei der Beratung des national-liberalen Antrags auf Erhöhung „Schutz der persönlichen Freiheit“ (wie harmlos das klingt!), mächtig gegen die Gewerkschaften gepölkelt und darauf hingewiesen, daß auf Grund des Landrechts und des § 366 des Strafgesetzbuchs durch Polizeiverordnungen sich das Recht des Streikpostenfischens tatsächlich aufheben läßt. Fuhrmann erklärte unter anderem:

„Wir machen kein Hehl daraus, daß wir unter der Anwendung des herrschenden Reichs- und Landesrechts, wenn es die Umstände erfordern, auch ein tatsächliches Verbot des Streikpostenfischens verhängen, sobald ein solches zur Sicherung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung notwendig ist.“

Darauf gab der Minister v. Dallwitz die Erklärung ab, daß er die Oberpräsidenten angewiesen hat, Verordnungen zu erlassen, laut welchen jedes Streikpostenfischen unter Strafe gestellt werden kann. Er fügte noch hinzu, daß bereits für die Provinzen Rheinland und Westfalen solche Verordnungen probeweise erlassen worden sind und von den obersten Gerichten als rechtmäßig anerkannt wurden. Man erhofft daraus, daß die Regierungsmänner als gemeine Feinde des Unrechtmächtigens schon lange die Polizeischläger gedreht haben und sich erst von den Gerichten bescheinigen lassen, ob sie auch gebrauchsfähig sind. Man will diesen Polizeiverordnungen ihre rechtliche Grundlage geben auf Grund des § 366 Ziffer 10 des Strafgesetzbuchs. Der erwähnte Paragraph bedroht mit Geldstrafe bis zu 60 Mark oder Haft bis zu vierzehn Tagen Gehängene, wer die zur Erhaltung der Sicherheit, Bequemlichkeit, Reinlichkeit und Ruhe auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder Wasserstraßen erlassenen Polizeiverordnungen übertritt.“

Bei der Schaffung des Strafgesetzbuchs 1850 bis 1870 hat aber weder der Gesetzgeber noch sonst ein Mensch daran gedacht, aus dem § 366 eine Strafe zur Erhöhung des Koalitionsrechts zu machen. Was man also auf anderem Wege nicht fertig bringen konnte, hat man eben auf diesem Wege, unter Umgehung von Parlament und Reichstag, fertig gemacht. Man hat solange geschickt und streift, bis man einen Gesetzesparagraphen fand, der sich zu einer Strafe gebrauchen ließ.

Das ist der klassische Rechtsakt des Streikpostenfischens, daß es um den Wegweiser nicht nur die Bescheidigungen aber betonen. Dann hat jeder Schwamm des Rechts, den friedlich hinaus drückt während Streikpostenfischens. Bei Nichtbeachtung kann der Streikpostenfischer bestraft werden. Das ist die Grundidee der Polizei, daß die Arbeiter für die Bescheidigungen ausbleiben dürfen oder nicht. Dem Beispiel des Oberpräsidenten von Schlesien werden zweifellos die übrigen Oberpräsidenten folgen, und schließlich machen es dem reaktionären Preußen und dem Bundesrat nach. Durch allseitig ungezielte Eingriffe der Polizei in die wirtschaftliche Tätigkeit der Arbeiter hat man schon früher in manchen Teilen des Reichs Streikpostenfischen verboten gemacht. Durch diese Strafmaßnahmen, Besuche und Verurteilungen wurden die streikenden Arbeiter über sich ergehen lassen. Das wird nunmehr allgemein werden. Dafür hat schon der Minister Dallwitz gesorgt, indem er die Anordnungen der Oberpräsidenten folgende enthält:

„Inspektoren sind für eine angemessene Instruktion der Polizeibeamten durch die vorgelegten Dienststellen Sorge zu tragen, damit von der erweiterten Polizeiverordnung auch ein angemessener Gebrauch gemacht wird.“

Das ist das Beste, was man sich nicht vorstellen kann, daß die Gerichte werden den Streikpostenfischer

verurteilen, sobald ein Polizist als Zeuge aussagt, daß er der Meinung war, durch den Streikpostenfischer hätte die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit gefährdet werden können. In Deutschland besteht zwar keine Klassenjustiz — wenigstens behaupten dies die Anbeter der heutigen Klassenherrschaft —, daß aber gegen streikende Arbeiter unerhörte Urteile gefällt werden, ist jedem bekannt. Welcher Geist auf den deutschen Gerichtshöfen herrscht, zeigte sich zu jenseits vieler Male auch voriges Jahr in Breslau. Vor der dortigen dritten Strafkammer stand einer unserer Kollegen, weil er einen Arbeitswilligen durch Worte habe „nötigen“ wollen, am Streik teilzunehmen. Das Urteil lautete auf sechs Monate Gefängnis, und in der Urteilsbegründung sagte der Landgerichtsrat Klent unter anderem:

„Ich bin der Meinung, daß wir gar keine schärferen Bestimmungen gegen den Terrorismus brauchen. Wir kommen mit den bestehenden Bestimmungen ganz gut aus, die ja mehrjährige Gefängnisstrafe zulassen. Wenn auf hohe Strafen erkannt wird und mehr Anzeigen erstattet würden, erübrigen sich neue Gesetze.“

Die neuen Polizeiverordnungen geben nun den Polizisten Gelegenheit, mehr Anzeigen zu erstatten, und die Gerichte bekommen Gelegenheit, schwere Strafen über die um mehr Brot kämpfenden Arbeiter zu verhängen. Die Scharfmacher haben zweifellos durch die ihnen zuliebe erlassenen Polizeiverordnungen einen Sieg errungen. Sie betrachten dies aber nur als eine Abschlagszahlung und schreiten weiter nach vollständiger Entrechtung der Arbeiter. Anscheinend befürchten sie, daß es hier oder da doch Polizeiergane geben könnte, die auf Grund der jetzigen Verfügung nicht ohne weiteres jedes Streikpostenfischen illusorisch machen würden. Auf der Tagung der „Vereinigung der Arbeiterverbände“, die in Berlin am 13. März stattfand, wurde abermals mächtig gegen die „Willkür der Gewerkschaften“ gewütet und beschlossen, eine Kommission einzusetzen, die positive Vorschläge machen soll, wie man am besten die Tätigkeit der Gewerkschaften vollständig lahmlegen könnte. Der neueste Streich gegen die Gewerkschaften genügt also den Scharfmachern nicht; nach wie vor erheben sie ihr heuchlerisches Geschrei gegen den Terrorismus der Gewerkschaften, sie, die selber den brutalsten Terror auf allen Gebieten üben.

Das eine steht fest: durch die erlassenen Polizeiverordnungen werden die Arbeiter in ihrem Befreiungskampfe weit mehr schikaniert und verfolgt als jeher. Der Gewerkschaftsbewegung als Ganzes und auch dem einzelnen Kämpfer werden weit mehr Opfer aufgelegt werden, mancher brave Arbeitsmann wird im Kampfe gegen das Ausbeutertum in den ausgeworfenen Polizeischlingen hängen bleiben, aber die Weiterentwicklung der Gewerkschaften, ihre segensreiche Tätigkeit und den Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen wird man trotz alledem nicht hindern können.

Das Verhalten der Behörden und die Rücksichtslosigkeit der Scharfmacher werden und müssen dazu beitragen, daß die Erbitterung der Arbeiter gegen die auf Recht und Gesetz pfeifenden Koalitionsräuber immer stärker wird und daß jeder organisierte Arbeiter nun erst recht unermüßlich in den Reihen der Unorganisierten unsere Ideen verbreitet und für Stärkung der Organisation sorgt. Jeder organisierte Arbeiter muß angesichts eines solchen Treibens unsrer Gegner seine ganze Kraft in den Dienst der Organisation stellen, er darf vor Opfern nicht zurückschrecken, wenn die Organisation sie von ihm fordert. Mag die Reaktion wüten und toben, wir werden unsern Mann stellen und Opfer bringen, dann wird die Zukunft unser werden.

B. K.

Die internationale Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1912.

Das Jahrbuch der internationalen Gewerkschaftsbewegung erscheint jeben zum zehnten Male. Neben allgemeinen Berichten und Uebersichten über die internationale Bewegung, die der Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes, C. Legien, erstattet, enthält er Originalberichte von den Landeszentralen in 20 verschiedenen Ländern sowie im zweiten Teile die Berichte von 25 internationalen Berufssekretariaten.

Die Zahl der in den einzelnen Ländern überhaupt Organisierten und der den Landeszentralen Angehörigen ist aus folgender Tabelle ersichtlich:

	Zahl der Gewerkschaftsmitglieder		der Landeszentrale angegeschlossen	
	1911	1912	1911	1912
1. Großbritannien	3 010 246	3 010 346	881 482	874 281
2. Frankreich	1 029 238	1 084 413	450 000	387 000
3. Belgien	189 455	231 805	77 224	116 082
4. Niederlande	133 689	169 144	52 235	61 535
5. Dänemark	128 224	139 012	105 269	107 067
6. Schweden	116 500	121 866	80 129	85 522
7. Norwegen	53 829	69 975	53 475	60 975
8. Finnland	19 640	23 839	19 640	20 989
9. Dänisch-Indonesien	3 061 042	3 217 271	2 339 785	2 553 162
10. Österreich	496 263	524 811	421 905	428 363
11. Bosnien-Herzegowina	5 587	5 522	5 587	5 522
12. Armenien-Slawonien	8 591	6 783	7 182	5 538
13. Ungarn	95 184	111 966	95 180	111 966
14. Serbien	8 237	5 000	8 237	5 000
15. Rumänien	6 000	9 708	6 000	9 708
16. Schweiz	78 119	86 313	78 119	86 313
17. Italien	709 943	869 502	384 446	320 912
18. Spanien	80 000	100 000	80 000	1 000 000
19. Vereinigte Staaten	2 282 361	2 496 000	1 775 000	2 054 526
Zusammen	11 532 218	12 368 103	6 900 995	7 394 461

Rechnet man zu den überhaupt Organisierten die Gewerkschaften in Süd-Afrika mit rund 100 000, in Neu-Seeland mit 60 000, Australien mit 433 200 und Bulgarien mit rund 10 000 Gewerkschaftsmitgliedern, so ergibt sich, daß ohne Rußland, Süd-Amerika und ohne die national-kanadischen Organisationen insgesamt 12 971 903 Gewerkschaftsmitglieder vorhanden sind.

Zu den den Landeszentralen Angehörigen kommen noch die Gewerkschaften des Transvaal und in Neu-Seeland, die im Jahre 1913 ihren Beitritt beschloßen. Auch die Gewerkschaften des australischen Kontinentes dürften bald einen solchen Beschluß fassen, so daß die Zahl der im J. G. B. vereinigten Gewerkschaftsmitglieder dann rund 8 Millionen beträgt.

Die Jahreseinnahme und -ausgabe aller Gewerkschaften betrug in 15 reichenden Ländern 180 bzw. 144 Millionen Mark, der Kassenbestand in 13 Ländern sogar 240 Millionen Mark. Hierbei fehlen die Angaben besonders aus Frankreich, Spanien, Vereinigten Staaten usw.

Auf die dem J. G. B. angeschlossenen Organisationen entfallen von den obigen Zahlen: Jahreseinnahme 107,86 Millionen Mt.,

Jahresausgabe 83,68 Millionen Mt., Kassenbestand 113,50 Millionen Mark. Hierfür lagen Berichte aus Großbritannien, Frankreich, Italien, Spanien und Vereinigte Staaten, also für über Hälfte der angeschlossenen Mitglieder nicht vor.

In Großbritannien gehören weniger als ein Viertel der englischen Gewerkschaften der Landeszentrale an. Neuerdings entfalten sie aber auch eine segensreiche Tätigkeit durch die systematische Förderung der Verschmelzungsbestrebungen.

Aus Frankreich wird besonders über die Stellungnahme letzten Gewerkschaftskongresses zu wichtigen Tagesfragen berichtet. Haltung gegenüber den politischen Parteien, Altersversorgungsgesetz, politische Ausnahmegeetze, Arbeitszeitverkürzung, Lebensmittelsteuer, Koalitionsrecht der Lehrer. Der Kongress beschloß bei Ausbruch eines Krieges in den Generalstreik zu treten. Ferner wurde für den 16. Dezember ein 24stündiger Demonstrationsstreik gegen den Krieg beschloßen.

Belgien kann über eine erfreuliche Mitgliederzunahme, 77 000 auf 116 000, berichten. Im Berichtsjahre wurden 7 Landeszentralen in Zentralverbände umgewandelt, und es verblieben nur noch 8 Verufe, die zu solch engem Zusammenschlusse noch nicht gekommen sind.

Die holländische Landeszentrale kann über gute Fortschritte berichten.

Während ihr 1907 erst 20,33 Prozent aller in Holland gewerkschaftlich organisierten Arbeiter angehörten, war diese Zahl 1912 schon auf 30,86 Prozent gestiegen.

Aus Dänemark bringt der Bericht eine besonders interessante Statistik über die Arbeitszeit aller organisierten Arbeiter.

Schweden, wo die Ereignisse des Jahres 1909 lange auf die Arbeiterbewegung lasteten, kann wieder von ermunternden Fortschritten berichten. Die Gewerkschaften haben ihre alte Schlagkraft wiedergewonnen.

Norwegen kann ebenfalls Gewinne an Mitgliedern wie auch an Ergebnissen der Lohnbewegungen buchen.

In Finnland leidet die Arbeiterbewegung immer mehr unter dem russischen Einflusse, der nach und nach jede freiheitliche Regung zu ersticken droht. Das reaktionäre Unternehmertum macht sich die Strömung natürlich gerne zunutze in seinem Widerstande gegen die Gewerkschaften. Trotzdem war es diesen sogar möglich, auf dem Gebiete der Tarifverträge vorwärts zu kommen.

Ein recht umfangreicher Bericht liegt wieder aus Deutschland vor. Während die freien Gewerkschaften, die der Landeszentrale angehören, 2 1/2 Millionen Mitglieder überschritten, stagnieren die kirchlich-Dunkleren oder liberalen Gewerkschaften mit rund 110 000 Mitgliedern. Die „christlichen“ Gewerkschaften erreichten eine Mitgliederzahl von 344 637. Ihre Zunahme beträgt 1,09 Prozent bei den freien Gewerkschaften dagegen ist eine solche von 9,02 Prozent zu verzeichnen, obwohl Unternehmertum, Regierung und die gewerkschaftlichen Gewerkschaften alles tun, ihre Entwicklung zu hindern.

Die Landeszentrale der Gewerkschaften in Oesterreich berichtet einen Verlust von etwas über 8000 Mitglieder. Derselbe ist nicht nur auf die verschärfte Reaktion und auf heftige Kämpfe gegen die immer geschlossener auftretende Unternehmertum zurückzuführen sondern auch auf den bedauerlichen Abfall gewisser tschechischer Arbeitergruppen.

In Bosnien und Herzegowina herrschen noch stark vorjährlische Lohnverhältnisse, wie aus einer Statistik der Krankenkassen hervorgeht. Tageslöhne von 80 Heller (68 Pf.) sind keine Seltenheit. Den Gewerkschaften obliegt also noch eine schwere Aufgabe, die besonders dadurch erschwert wird, daß das Land unter fast völlig militärischer Verwaltung steht.

Die Arbeiterschaft Ungarns durchlebte 1912 eine der auferregtesten Perioden ihrer Geschichte. Das Land machte eine durch den Krieg in den Nachbargebieten geförderte wirtschaftliche Krise durch, die zu einer großen Arbeitslosigkeit führte. Trotzdem wuchsen die Gewerkschaften über das erste Hunderttausend hinaus. Leider fehlten der Arbeiterschaft freies Rede-, Versammlungs-, Koalitionsrecht und Pressefreiheit.

Auch in Kroatien-Slawonien wirkte die Krise und die ständige Kriegsgefahr hemmend auf die Bewegung. Sogar die Versammlung wurde aufgehoben, ebenso das Versammlungsrecht.

In Rumänien sind von 133 000 Industriearbeitern 9700 organisiert. Zwar war die Mitgliederzahl schon auf 14 000 gestiegen, aber infolge von Krise und Krieg ging sie wieder zurück. Die Eisenbahnerorganisation, die schon 18 500 Mitglieder zählte, wurde durch ein Gesetz vernichtet, das einer „liberalen“ Regierung im Entstehen verdankt. Die Lohnverhältnisse sind recht schlecht. Die Arbeiter verdienen Tagelöhne von 1 Fr.

Bulgarien ist mit zwei Berichten vertreten, und zwar von den beiden rivalisierenden Landeszentralen. Beide Berichte geben ein anschauliches Bild von den Leiden und Kämpfen der Arbeiterschaft vor und während des Krieges.

Serbien hat nicht minder durch den Krieg gelitten. Die Mitgliederzahl betrug vor dem Kriege 8000, schmolz dann rasch zusammen, dürfte aber jetzt schon bald wieder auf der alten Höhe angelangt sein.

Die Landeszentrale der Schweiz liefert einen umfangreichen Bericht. Die Uebersicht über den Stand der gewerkschaftlichen Organisation zeigt eine Mitgliederzunahme der Landeszentrale von 79 100 auf 86 300, während noch 46 000 organisierte Arbeiter außerhalb der Zentrale stehen. Erfreulich ist besonders die Gründung des Finanzvereins der schweizerischen Gewerkschaften, die immer mehr zu höheren Beiträgen übergehen. Die Organisation der 150—160 000 italienischen Arbeiter, die alljährlich in der Schweiz beschäftigt werden, gehört zu den schwierigsten Problemen der Gewerkschaften.

In Italien sind zwei Drittel aller Arbeiter in der Landwirtschaft und nur ein Drittel in der Industrie beschäftigt. Organisiert sind 408 000 Arbeiter der Landwirtschaft und 452 000 Arbeiter der Industrie. Davon gehörten 639 000 oder 74,3 Prozent der freien Gewerkschaften an, davon wieder 320 000 Mitglieder der Landeszentrale.

Aus Nordamerika liegt eine detaillierte Uebersicht vor über die Ertragsverhältnisse auf gesetzgeberischem Gebiete in Bund und Einzelstaaten. Zum besseren Verständnis der Gewerkschaften aber würde es zweifellos beitragen, wenn es dem amerikanischen Gewerkschaftsbunde gelingen sollte, eine alle angeschlossenen Organisationen umfassende Gewerkschaftsstatistik zu schaffen.

Der zweite Teil des Bandes behandelt die internationalen Berufssekretariate. Mit Sonderberichten sind diesmal 25 von den bestehenden 32 Sekretariaten gegen 19 im Vorjahre vertreten.

Diese kurzen Auszüge zeigen, wie in allen Ländern die Arbeiterschaft sich zu Schutz und Trutz zusammenfindet und wie er-

folgreich sie ihre Organisation im Sinne des Fortschrittes und der Kultur zu verwenden versteht. Daher ist das Studium des Berichtsbandes selbst jedem in der Arbeiterbewegung Tätigen nur dringend zu empfehlen.

Die Fabrikindustrie Britisch-Indiens.

Gewisse Leute, die auch ein Interesse daran haben, die Arbeiterschaft von der Verfolgung realer Zwecke abzuhalten, sprechen unter anderem gern von der drohenden „gelben Gefahr“, die, wenn sie nicht abgewendet wird, die Lebenshaltung der europäischen Arbeiter weit herabdrücken wird, sei es, daß Indien nach Europa eingeführt werden und hier den Weissen Konkurrenz machen, oder sei es, daß sich in Indien selbst, mit seinen vielen Millionen billiger und williger Arbeitskräfte, eine umfangreiche Industrie entwickelt, die europäische Waren verdrängt und europäische Arbeiter brotlos macht.

Mindestens die letzterwähnte Befürchtung scheint ungerechtfertigt zu sein. Denn in jenem asiatischen Reiche, das am längsten und am intensivsten dem europäischen Einfluß ausgesetzt war, in Britisch-Indien, macht die industrielle Entwicklung kaum nennenswerte Fortschritte, und der Umfang der Industrie ist in Anbetracht der Bevölkerungszahl sehr bescheiden. Nach den eben veröffentlichten Ergebnissen der indischen Volks- und Berufszählung vom 10. März 1911 betrug die Einwohnerzahl des ganzen Reiches über 315 Millionen Personen, also ungefähr ebensoviel wie die Einwohnerzahl Europas mit Ausschluß von Rußland. Die Berufszugehörigkeit wurde aber nur in Gebieten mit 213 1/2 Millionen Einwohnern festgestellt. Von diesen 313 1/2 Millionen Personen waren nahezu 149 Millionen Erwerbstätige (einschließlich der mittätigen Familienmitglieder) und über 164 1/2 Millionen abhängige Angehörige.

In der Industrie waren aber nur 17 515 000 Personen erwerbstätig, das sind 11,8 Prozent aller Erwerbstätigen. Einschließlich der Angehörigen betrug die Zahl der Personen, die durch industrielle Tätigkeit ihren Lebensunterhalt finden, 35 323 000 oder 11,3 Prozent der Bevölkerung. Wohl zu beachten ist, daß der Begriff „Industrie“ sehr weit gefaßt wurde. So sind bei den 17 1/2 Millionen industriell Erwerbstätigen 1 090 000 Getreidebesäer, -stampfer, usw. eingerechnet, wovon 963 000 Frauen sind, welche diese Tätigkeit zumeist neben ihren Haushaltsgeschäften betreiben; ferner wurden den industriell Erwerbstätigen circa 952 000 Friseur sowie in der Haut- und Nagelpflege, mit Tätowieren und dergleichen beschäftigte Personen zugerechnet, die entschieden nicht in diese Gruppe gehören, ebensowenig wie die 796 000 als Straßenkehrer und dergleichen beschäftigten Personen. Wenn die Berufseinteilung nach unsern europäischen Begriffen vorgenommen worden wäre, so ergäbe sich eine Zahl der industriell Erwerbstätigen, die ganz bedeutend unter 17 1/2 Millionen zurückbleibt.

Die industriell erwerbstätigen Personen und die industrielle Bevölkerung überhaupt (Erwerbstätige und Angehörige) verteilen sich im Jahre 1911 wie folgt:

Industriegruppen	Industriell erwerbstätige Personen	Erwerbstätige und Angehörige
Textilindustrie	4 449 000	8 306 000
Häute- und Lederindustrie	295 000	699 000
Holzindustrie	1 731 000	3 800 000
Metallindustrie	737 000	1 861 000
Keramikindustrie	1 159 000	2 240 000
Chemische Industrie	630 000	1 242 000
Nahrungsmittelindustrie	2 134 000	3 712 000
Bekleidungsindustrie	3 778 000	7 751 000
Baugewerbe	962 000	2 062 000
Lugzugsgewerbe	823 000	2 142 000
Seitigung der Abfallstoffe	796 000	1 389 000
Andere Industrien	50 000	120 000

In der Zeit von 1901 bis 1911 nahm die Zahl der Personen, die durch die Industrie ihren Lebensunterhalt finden, um 0,7 Prozent ab. Eine Zunahme der Personenzahl weisen auf die Holzindustrie (um 14,5 Prozent), die Keramikindustrie (um 8,7 Prozent), die Bekleidungsindustrie (um 3,3 Prozent), die Möbelindustrie (um 66,2 Prozent), die Baugewerbe (um 18,2 Prozent), die Produktion von Gas, Elektrizität usw. (um 179,4 Prozent), und die Lugzugsgewerbe um 9,2 Prozent. Die Abnahme der Erwerbstätigen und ihrer Angehörigen bewegte sich zwischen 33,9 Prozent in der Gruppe Häute- und Lederindustrie und 2,6 Prozent in der Nahrungsmittelindustrie. Absolut am bedeutendsten (über 1/2 Million) war der Rückgang der von der Textilindustrie lebenden Bevölkerung, weil die Einfuhr billiger europäischer Waren und die Ausbreitung der fabrikmäßigen Produktion in Indien selbst viele Hausindustrielle überflüssig macht. Die Zahl der auf diese Weise Verdrängten ist erheblich größer als die Zahl der neuen Arbeitskräfte, die durch die Ausbreitung der kapitalistischen Industrie in Fabriken ein Unternehmen finden. Die Mehrheit der Handwerker, die ihr Weiterkommen in ihrer bisherigen Lebensstellung nicht finden, wenden sich der Landwirtschaft zu, und die landwirtschaftliche Bevölkerung vermehrte sich infolge hier von und infolge anderer günstiger Verhältnisse in den 10 Jahren von 1901 bis 1911 um 14,5 Prozent; 1911 waren insgesamt 105 1/2 Millionen Personen in der Landwirtschaft erwerbstätig und zusammen mit den Angehörigen besifferte sich die landwirtschaftliche Bevölkerung auf fast 225 Millionen Personen (circa 72 Prozent der Gesamtbevölkerung).

In der folgenden Tabelle wird der Umfang einiger Fabrikationszweige angegeben, welche die Leser dieser Zeitung besonders interessieren:

	Zahl der Erwerbstätigen		
	männl.	weibl.	zusammen
Ziegelmacherei	91 501	24 330	115 831
Bündholz- und Sprengmittel- erzeugung	6 157	1 521	7 678
Farbenerzeugung	3 243	1 229	4 472
Erzeugung vegetabil. Öle	359 457	225 161	584 618
Papier- und Pappfabrikation	3 163	643	3 806
Erzeugung von Seifen, Kerzen Parfüms usw.	16 457	10 429	26 886
Zuckerfabrikation	24 991	24 224	49 215
Opium-, Gönja- und Tabak- erzeugung	23 867	16 634	40 501

Die weiterverarbeitenden Gewerbe sind in Indien nicht nur sehr wenig umfangreich, sondern sie gewähren europäischen Arbeitern auch gar keine Beschäftigungsgelegenheit. Europäer und Indo-Europäer sind nur in leitenden Stellungen tätig, alle Arbeiter und das gewöhnliche Aufsichtspersonal der Fabriken sind Farbige.

Im Jahre 1901 wurde der Versuch unternommen, die Hausgewerbe (Heimarbeit) von der übrigen Industrie zu unterscheiden, doch mißlang dieser Versuch vollständig, so daß er 1911 nicht mehr wiederholt wurde. Dagegen nahm man 1911 eine Zählung der fabrikmäßigen m ä ß i g e n Betriebe mit mindestens je 20 beschäftigten Personen vor. Das Ergebnis der Zählung war, daß in der Industrie 4811 Betriebe mit mindestens je 20 beschäftigten Personen bestanden, und daß in diesen Betrieben insgesamt 1 059 057 Personen tätig waren, nämlich 6824 europäische Beamte, 45 248 indische (farbige) Beamte, 463 419 gelernte Arbeiter und 543 766 ungelernete Arbeiter. In den fabrikmäßigen Betrieben der Textilindustrie waren insgesamt 558 000 Personen beschäftigt, in Eisenbahnwerkstätten 98 700, in fabrikmäßigen Betrieben der Nahrungsmittelindustrie 74 000 usw.

Papier-Industrie

Stellengesuche und -angebote.

Die Beschaffung geübter Arbeitskräfte für die Papierindustrie vollzieht sich infolge der Lage der Fabriken in vorwiegend ländlichen Gebieten fast ausschließlich auf dem Inseritionswege. Das bedeutendste Inseritionsorgan ist die Zeitschrift der Unternehmerorganisationen, das „Wochenblatt für die Papierindustrie“. Taufsende Stellengesuche und -angebote sind jährlich in diesem Organe zu finden. Während die Unternehmer für geringe Löhne erstklassige Arbeitskräfte suchen, lassen verschiedene Arbeiter wieder ihre guten Eigenschaften im grellsten Lichte scheinen.

Ein tüchtiger Maschinenführer, der „vor keiner Arbeit zurück-scheut“, sucht bei bescheidenen Ansprüchen Stellung. Dieser gute Mann hätte seine Groschen sparen können, wenn er seine Offerte auf folgendes Inserat gemacht hätte:

„Jüngerer, flotter

Maschinenführer

für Langstiebmaschinen mit langsamem Gang gesucht. Gehalt: 110,- Ml. pro Monat und Wohnungsentschädigung. Die Fabrik liegt in der Nähe einer rheinischen Großstadt.“

Der langsame Gang der Maschine hätte es dem arbeitsfreudigen Maschinenführer ermöglicht, noch den Schmierer und den Ausschustträger zu ersuchen. Für den horrenden Lohn von 110 Ml. kann Bescheidenheit und Arbeitslust vom Arbeiter schon verlangt werden. Verschiedene Papierarbeiter, von den Unternehmern auch als „rote Mögler“ bezeichnet, zweifeln immer noch an dem guten Willen der Papierfabrikanten, ihre Arbeiter vor Not und Elend zu bewahren. Ja, sie reden sogar von Ausbeutung und Hungerlöhnen der Papierarbeiter. Das folgende Inserat beneidet aber, daß die Unternehmer um das Wohl ihrer Arbeitsbienen sehr bedacht sind, selbst wenn dabei die persönliche und geistige Freiheit derselben etwas Not leidet. Dieses Wochenblattinserat lautet:

„Sortiererin,

Wohnung und Kost in der Fabrik, möglichst bald gesucht. Ältere Mädchen bevorzugt.“

Um zu beweisen, daß er nicht zur Rolle der vaterlandslosen Geiseln gehört, sucht ein „katholischer Deutscher“ eine Stelle als Werkführer. Aus Mangel an katholischen Papierfabriken wird derselbe wohl auch einen Israeliten als Chef anerkennen. Trotz der äußerst minimalen Entlohnung werden von der Papierarbeiterschaft oftmals noch Sprachkenntnisse verlangt. Von Papierarbeiterfamilien mit kleinen Kindern sind die Unternehmer nicht besonders entzückt, weil dann die Arbeiterfrau verhindert ist, als Sortiererin usw. sich ausbeuten zu lassen. Daher findet man auch die vielen Inserate mit „keiner oder kleiner Familie“. Sind die Kinder aber erwerbsfähig, dann greift der Unternehmer mit beiden Händen zu. Er braucht dann keine hohen Löhne zu zahlen und hat die Familie eher in seiner Gewalt: denn wenn eines der Familienmitglieder das Arbeitsverhältnis lösen will, so kann das mit dem PreSSIONSMittel, die ganze Familie auf das Straßenpflaster zu setzen, sehr oft verhindert werden. Nachstehendes Inserat gibt Zeugnis von der Jagd der Unternehmer nach größeren Arbeiterfamilien mit zahlreichen Arbeitskräften:

„Sokpappenfabrik

in gesunder Gegend Mitteldeutschlands sucht fleißige, ordentliche, größere

Arbeiterfamilien.

Erwachsene, jugendliche und weibliche Arbeitskräfte für dauernd bei gutem Lohn. Wohnung wird geliefert.“

In früheren Zeiten war die Papierindustrie eine Unterkunftsstätte für Unteroffiziere und sonstige ausgediente Militärs. Die Betriebe waren noch klein, die Maschinen weniger kompliziert, und so genügte es schon, wenn der Meister über eine kräftige Kommandostimme verfügte. Aber auch der praktische Papiermacher

hatte noch Gelegenheit, in leitende Stellungen vorzurücken. Durch die Entwicklung zur Großindustrie, durch die Umwandlung der Privatbesitze in Aktiengesellschaften werden die gutbezahlten Stellungen der Direktoren und Betriebsleiter von den Söhnen der Aktionäre eingenommen. Um diesen Herren etwas praktischen Dunst beizubringen, hupfen sie ein bis zwei Jahre im Betriebe von Maschine zu Maschine, kommen dann noch einige Semester zur theoretischen Ausbildung in eine Papiermacherschule, um dann als blutjunge Leutnants — pardon Werksführer auf die Arbeiter los-gelassen zu werden. In welchem Alter diese Herren als Kommandeure über alte in der Papierindustrie ergraute Arbeiter das Zepter schwingen, davon zeugt nachstehendes Inserat:

„Jünger, tüchtiger Mann, Anfang der 20er Jahre, militärfrei, ehemaliger Absolvent der Papiermacherschule von Altenburg, sucht per sofort oder bis 1. April Stellung als

Stütze des Chefs
oder
Stütze des Direktors.“

Praktische „Stützen“ sind das jedenfalls nicht, die hat der Unternehmer nur in den Arbeitern. Leider werden die eigentlichen Stützen des ganzen Unternehmens zu wenig geachtet, sie müssen sich deshalb die nötige Beachtung erringen durch Einigkeit.

Christliche Kampfweise.

Die christlichen Gewerkschaften richten ihr Augenmerk immer mehr auf die Bekämpfung der freien Gewerkschaften, statt mit diesen gemeinsam das Unternehmertum zu bekämpfen. Ihre Stellungnahme während des letzten Bergarbeiterstreiks im Ruhrge- und die diversen andern Vorgänge lassen erkennen, daß diese Br... in Christo schon stark im gelben Sumpfe stecken.

Nach der 3000 Mitglieder starke „Graphische Zentralverband“, der einige Baderdubend Papierarbeiter zu seinen Betreuen zählt, ist infolge chronischem Finanzmangel gezwungen, den Kampf mit den Unternehmern aufzugeben. Wohl verspricht er zu jeder Maßzeit mit dem Geiste ein halbes Duzend Unternehmern, ein allerdings sowohl für die Unternehmern als auch für dieses Verbandsmitglied sehr billiges Vergütungen. Um seine Mitglieder zu verhindern, allzuweit über ihre wirtschaftliche Lage nachzudenken, werden sie zum Kampf gegen ihre eigenen Arbeitsrübrer dressiert. Aus diesem Grunde sucht der „Zentralverband“ auch Familienanschluß bei den freien Gewerkschaften, wie nachstehende Mitteilung des Vorstandes in Nr. 7 der „Graphischen Stimme“ beweist:

Mitgeteilt

Sollen der Redaktion des Verbandes werden:

1. Alle Angriffe von gegnerischer Seite, ob sie nun gegen die Zentralleitung oder gegen einzelne Funktionäre gerichtet sind.
2. Mißstände in den Betrieben, ganz gleich, ob sie das Verhältnis zum Arbeitgeber oder zu Unterorganisierten betreffen.
3. Wichtige Vorgänge in der eigenen sowie in gegnerischen Zählstellen.

Nur dann kann im Organ zu solchen Dingen Stellung genommen werden.

Nur dann können etwaige Benachteiligungen der Kollegenschaft abgewehrt werden.

Nur dann kann das Verbandsorgan seiner eigentlichen Aufgabe in vollem Umfange gerecht werden.

Daher unsere Bitte: Unterstützt die Redaktion durch gelegentliche Infor-mationen!

Als eizrige Spionage in den gegnerischen Gewerkschaften sollen die Mitglieder treiben. Das Schlimmste über die freien Gewerkschaften kostet ja nichts und füllt doch das Verbandsorgan. Der Kampf gegen die Unter-nehmer kostet Geld. Da aber der „Graphische Zentralverband“ für die fünfzig in Düren gemagregelten Papierarbeiter im ganzen Reiche den Ringelbeutel schwingen muß, so bekämpft er lieber den Arbeitsbruder. Durch diese Mitteilung hat sich der christliche Zentralverband seine christliche Maske selbst vom Gesicht gerissen, frei und offen zeigt er seine gelbe Larve. Die Papierarbeiter haben deshalb alle Ursache, solche Freunde im gelben Sumpfe stecken zu lassen und ihre wirtschaftliche Vertretung in „Verbande der Fabrikarbeiter Deutschlands“ zu suchen.

Tarifvertragsbestimmungen in der Zelluloseindustrie Schwedens.

Der Sägewerkindustrie- und der Grob- und Fabrikarbeiter-Verband in Schweden haben mit dem Papierstoff-Verband ein Abkommen geschlossen über allgemeine Bestimmungen, die in alle künftigen Tarifverträge bis Ende 1916 aufzunehmen sind. Die Arbeitszeit für Zagarbeiter ist hiernach auf 59 Stunden in der Woche und für Schichtarbeiter auf höchstens 72 Stunden begrenzt. Der Ausschlag für Ueberstunden wurde von 25 auf 50 Prozent für die über zwei Stunden nach dem gewöhnlichen Arbeitschluß hinausgehende Zeit erhöht und für Sonn- und Feiertagsarbeit von 50 auf 75 Prozent.

Grinma. Von einem schrecklichen Unfall wurde der im Betriebe der Firma Schroeder in Gölzern beschäftigte 60 Jahre alte Arbeiter Freiberg aus Döben betroffen. Beim Befahren von glühender Mische stürzte die vollbeladene Karre um und der Inhaft verbrannte Freiberg an Beinen und Armen sehr schwer. Er wurde in hoffnungslosem Zustande ins hiesige Krankenhaus gebracht. Dort erlöste der Tod den Berunglückten von seinen Schmerzen.

Das Dividendenglöcklein.

Ein prächtiger Frühlingssorgen weckte die Menschen. Vorsichtig stahlen sich die ersten Strahlen der aufgehenden Sonne über die Berg-tuppen, so vorsichtig, als wollten sie die müden Schläfer erst fragen, ob sie schon kommen dürfen.

Und wie sie nun sahen, daß Frühhaufsteher ihnen die Fenster öffneten, daß die Vögelchen ihnen entgegenfliegen, da wurden sie dreister. Mit goldenem Neuglänzen überfluteten sie das Tal und zündeten hinein in jedes Wintkälchen. Frühlingssprache!

Auch der städtliche Pfarrherr des Ortes, der immer früh auf dem Beinen ist, freute sich des herrlichen Morgens, verjonnem blickte er hinein in die erwachende Landschaft und jagte dann lächelnd zu sich selbst: „Das gibt einen herrlichen Festtag heute.“

In der Tat, der heutige Tag sollte ja für & ein besonderer Ehren-tag werden, galt es doch, die neue Kirchenglocke einzuweißen, ein Werk zu vollenden, an dem der Pfarrherr seit Jahren gearbeitet hatte. Ja, sie konnten froh sein, die Bewohner & S, daß die Sache endlich so weit gediehen war. Seit Jahren war es die ständige Klage des Herrn Pfarrers, daß das Geläute nicht mehr der Würde der Pfarrei entspreche.

Aber ja, da half das Hammer so wenig wie das Donner. Der Steuerzahler waren so wenige, und die Armenlasten wurden immer größer. Wohl war eine Fabrik am Orte, ein stattliches Werk, das an die 500 Leute beschäftigte, aber bei einem Verdienst von 2,20 bis 2,60 Mark pro Tag flossen die Einnahmen recht knapp. Wovon sollten die armen Zensel auch noch Steuern bezahlen?

Da kam die Hilfe von einer andern Seite; von daher, wo man sie am allerwenigsten erwartet hätte.

Der Fabrikherr, der sonst in Geldsachen recht sparjam ist — knauserig nannten ihn seine Arbeiter — zeigte sich wider Erwarten spendlich. Ein ansehnlicher Beitrag, so an die 5000 Mk., wurde der Kirchverwaltung überwiesen.

Die Leute waren zuerst sprachlos. Für so fromm hatten sie den Herrn

nicht gehalten; dann aber ging ein großes Loben durch die Gemeinde. Fromme Zeitungen schrieben von einer hochherzigen Spende, der Pfarrer lobte von der Kanzel herab, und auch das gewöhnliche Volk freute sich gar mächtig ob der tiefen Religiosität des Fabrikherrn.

Nur der alte Peter Hagel wollte nicht viel von der Geschichte wissen.

Als er mitags von der Arbeit zum Essen heimkam, wollte ihm keine Frau von der Glodenpende erzählen.

„Geh zu mit dem dumma Gred,“ fuhr er in seiner unwirlichen Art die Frau an, „geh zu, wenn ma d' Leut a so zaht, wie bei uns, nach ta ma leicht Glocke jitt. 20 Fennig, wenn er an jeda aufbehan tat im Tag, nach machas im Jahr 30 000 Mark usw. Hör ma auf mit dera Frömmigkeit. Weißt“, sagte er da plötzlich, indem er den Köffel weg-legte, und sich den Mund abwuschte, „s is wirtli jand, daß d' Glocke nit jcho früha gischit is worn, damals als da Kestl in d' Luft ganga is, wo da Huaba und da Stadla und da Schmied Seppel zgrund ganga san, da hätt ma's eahna lautu kinnu, do krippel und do arma Kinnu, daß eahna da Hunga verganga war.“ So polterte Peter fort und schimpfte über die Reichen, die schuld seien an allem Elend. Seine Frau war längst aus der Küche hinausgegangen, sie mochte das Räsonieren Peters nicht leiden, besonders, wenn Peter in seinem Grinme auch über die Geistlichen loszog.

„Unter 100 Geistlichen sind zehn für die Armen, und die andern neunzig helfen zum Geldjad,“ so urteilte Peter über den Klerus.

Auch heute am Sonntag sah Peter wieder verärgert am Tisch. Sorgen war er von der Nachtsicht nach Hause gekommen. Es hatte viel Arbeit gegeben, dabei hatte der Fabrikherr verkünden lassen, daß die Arbeit um 7 Uhr erledigt sein müsse, weil zur Ehre des Tages geschlossen werde. Da hieß es also doppelt zugreifen.

Nun sah er da, tomtude, er war gerade daran, einzuniden, als ein mächtiger Donnererschlag, dem er zweiter und dritter folgte, ihn auffahren ließ. Vollerzürne waren es zur Einleitung der heutigen Feier.

Und da fielen auch schon die Glocken ein mit ihren Melodien, und wirklich, die neue, um bekenntwillen die Feier stattfand, hörte man von allen heraus. Ein gar eigen Lied war es, das sie sang. Hart wie Stahl

klang ihre Stimme. Und wäre es eine Menschenstimme gewesen, das Weten wäre ihr wohl schwer geworden.

Auch die Gläubigen, die sich um den Pfarrherrn versammelt hatten, schienen den Mißklang zu hören. Fragend sahen sie ihren Seelhergen an. Der aber fuhr sich mit der Hand über die Augen und begann zu reden. Und er hielt eine ergreifende Rede über den Segen des Gebens, denn „Geben sei seliger als Nehmen“, und tausendfach würde der Himmel vergelten, was man seiner Kirche tue. Auch auf den Unglauben und die Ausfallendheit kam er zu sprechen, gegen die sich alle Gutesinnigen zu wenden hätten. Hier dürfte kein Opfer zu groß sein.

Dann, als der Herr Pfarrer geendet, begannen die Glocken aufz neue zu läuten. Es waren die lieb gewordenen alten Klänge, die mancher schon sein Lebtag hörte. Nur die Neue sang wieder ihre eigene Melodie! Was sie nur sagen wollte?

Kein Mensch verstand sie! Von den alten Glocken wußte man doch, was sie sangen. Da war z. B. die Hauptglocke, die „Große“, die nur bei feierlichen Anlässen geläutet wurde, mit mächtigem ehernen Runde sang die: „Gott mit uns! Gott mit uns!“ Die Totenglocke jammerte im Herzhlag: „Der kommt nicht mehr! Der kommt nicht mehr!“ So jangen die Glocken, und jedes Kind wußte das. Aber die Neue! — Verstand denn sie jemand?

Mittlerweile war es Mittag geworden, die Leute zogen heimwärts. Auch der Fabrikherr wandte sich seiner Villa zu. Um seinen Rund zog sich ein eigentümliches Lächeln. Was er wohl denken mochte? Da kam ihm der Klang der neuen Glocke wieder ins Ohr, und es war ihm, als töne es: „Divi-denden — Divi-denden!“ Und unwillkürlich summte er diese Worte für sich.

Da war's, als ob sich hinter dem Baum des Weges eine Gestalt auf-rückte. War das nicht Peter Hagel? Wichtig, der Alte war es. Er hatte dort hinten gestanden und die paar Worte des Fabrikherrn gehörr.

„Gast recht“, sagte er, dem andern höhnisch nachblickend, „ja, so singt die Glocke: Divi-denden! Divi-denden! — D ihr...!“

@@ Verschiedene Industrien @@

* Statistische Erhebungen in der Delindustrie.

Die Zahlstellenleitung in Harburg a. d. Elbe macht Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Delindustrie. In Betracht kommen nur Speiseölfabriken. Das Material ist bereits an die Zahlstellen, in deren Gebiet sich einschlägige Fabriken befinden, gesandt worden. Sollten trotzdem Zahlstellen mit Speiseölfabriken vorhanden sein, denen kein Material zugegangen ist, so wollen sie sich an Otto Adler, Harburg, Großer Schippsee 18, wenden. Um ein möglichst gutes Resultat zu erzielen, ist es erforderlich, daß die überlieferten Vogen korrekt ausgefüllt werden. Die Branchenleitung.

Die Harburger Gummi-Industrie im Jahre 1913.

II.

Der Schloßer Heins ließ sich für den Posten als Vorsitzender lödern, obwohl er früher erklärt, er ließe sich nicht dazu bewegen, eher würde er seine Konsequenzen daraus ziehen. Die Einladungen zu der Versammlung hätte Herr Direktor Kuhlmann als Gründer des Wertvereins ruhig selbst unterzeichnen können. Er hat doch zu Heins gesagt: "Ich habe die Absicht, einen Wertverein zu gründen, und Sie sollen der Vorsitzende werden."

Wie bei allen detaillierten Gründungen wird auch hier im Statut von dem guten Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer geredet. — Jedenfalls besteht dieses in den fortwährenden Miserebedingungen. Das Statut vertritt den Mitgliedern geistige, wirtschaftliche und soziale Erziehung. Will man vielleicht durch Bodverbesserung, Fadelzug mit nachfolgendem Freizier und Würstchen die Mitglieder über ihre schlechte wirtschaftliche Lage hinwegtäuschen? Aber mit hungrigem Magen läßt sich schlecht wirtschaftslehrende Propaganda betreiben.

In finanzieller Beziehung bietet der Wertverein gar nichts. Der monatliche Beitrag beträgt 30 Pf. und wird vom Lohn abgezogen. Trotzdem gejagt wird, Agitation soll in der Fabrik nicht betrieben werden, ist den Vertretern laut Statut zur Pflicht gemacht, für die Werbung neuer Mitglieder besorgt zu sein.

Interessant sind die Bestimmungen über die Kassenführung, § 9 besagt: Alle Barbestände und Wertpapiere werden bei den Vereinigten Gummimärenfabriken Harburg-Wien hinterlegt. Die Vereinigten Gummimärenfabriken Harburg-Wien hatten für dieses Vermögen und verzinsen es angemessen zugunsten des Wertvereins.

Der Kassierer läßt sich über die seitens der Lohnkasse der B. G. F. (§ 6) gesammelten Beiträge monatlich einen jährlichen Beleg geben und führt über die Ein- und Ausgänge ein Kassenbuch.

Das ist also ein Kassierer ohne Geld, das Kind hat einen Namen. Jedenfalls hat man in Harburg bei ähnlichen Vereinen schon böse Erfahrungen gemacht.

Aber auch eine Unterstützungsstelle hat sich der Wertverein angeeignet. Der Beitrag beträgt 20 Pf. pro Woche und wird von der Lohnkasse eingezogen. Wer mir seinen Beiträgen länger als 4 Wochen im Rückstand ist, wird von der Kasse ausgeschlossen und verliert damit sämtliche Rechte an das Vermögen der Kasse.

An Unterstützung gewährt die Kasse folgendes:

Zm Erkrankungsjahre.

1. Nach 13wöchiger Mitgliedschaft innerhalb 72 Wochen 120 Tage lang:	von der 14. Woche an die Woche 4 Mk. pro 6 Tage
" " " " " " " " " " " "	" " " " " " " " " " " "
" " " " " " " " " " " "	" " " " " " " " " " " "
" " " " " " " " " " " "	" " " " " " " " " " " "

Für die Dauer der Erkrankung ruht die Beitragspflicht.

2. Bei Entlassung des Werks infolge Streik oder Aussperrung ohne Verschulden oder Beteiligung des Wertvereins gewährt die Kasse den Mitgliedern derselben nach Maßgabe des § 1 folgende Unterstützung:

- a) den verheirateten Mitgliedern 14 Mk. pro Woche,
- b) für jedes Kind 1 Mk. pro Woche,
- c) den ledigen und ledigen Verheirateten, welche nicht für ihre Familie zu sorgen haben, 12 Mk. pro Woche.

3. Jedes Mitglied der Kasse ist mit 1000 Mk. gegen Unfall versichert. Bei tödlich verlaufendem Unfall wird die volle Summe ausbezahlt, bei dauernder Invalidität die volle Summe oder eine entsprechende Rente.

4. Die Mitglieder, welche sich an der Errichtung einer Sparrasse beteiligen wollen, verpflichten sich zur wöchentlichen Einzahlung einer bestimmten Summe, welche je nach der Konjunktur erhöht oder herabgesetzt werden kann. Diese Sparrasse wird für jedes einzelne Mitglied auf der jährlichen Sparrasse auf ein für ihn bestimmtes Buch hinterlegt und die Kasse erhöht am Ende des Jahres den Zinsfuß auf 6 Prozent.

Die jährlichen Einzahlungen dürfen 150 Mk. nicht übersteigen, auch werden insgesamt nicht über 1000 Mk. verspart. Und nun kommt der Pferdefuß. Bei dem Auscheiden aus der Kasse oder dem Wertverein, das heißt, wenn der Arbeiter auf die Straße geworfen wird, verliert jeder Anspruch an das Vermögen der Kasse. Ein klugbares Recht an die Kasse haben die Mitglieder nicht.

Zu dem Aktum wird gesagt: Keines von den uns anstehenden Rechten wollen wir aufgeben, haben aber auch das Vorrecht zu unsern Arbeitgebern, daß wir uns an ihnen nicht werden, von unsern letzten Waise, der Zweckmäßigkeit Gebrauch zu machen. (Achtung! D. S.)

Im Statut steht man über einen Pöbel verächtlich. Hier will man seine Mitglieder, wenn sie ohne Verschulden oder Beteiligung bei einem Streik oder einer Aussperrung in die Misere hineingeworfen werden, unterstützen. Man tut also schon mit einem Streik oder einer Aussperrung. Sollte die Kasse nicht durch den Streik gelähmt werden, wie das im Jahre 1913 der Fall war, so ist es doch ein klugbares Recht an die Kasse haben die Mitglieder nicht.

Als der Sparrasse habe die Kasse bis jetzt immer Pöbel erntet, der auf der Sparrasse kein Geld verspart. Im Zeichen der zunehmenden Verzweiflung und der Jahre hindurch betriebenen Agitationen ist die Kasse immer mehr in die Misere hineingeworfen worden. Die Kasse ist ein Pöbel, der die Arbeiter in die Misere hineingeworfen hat. Die Kasse ist ein Pöbel, der die Arbeiter in die Misere hineingeworfen hat. Die Kasse ist ein Pöbel, der die Arbeiter in die Misere hineingeworfen hat.

Die Kasse ist ein Pöbel, der die Arbeiter in die Misere hineingeworfen hat. Die Kasse ist ein Pöbel, der die Arbeiter in die Misere hineingeworfen hat. Die Kasse ist ein Pöbel, der die Arbeiter in die Misere hineingeworfen hat. Die Kasse ist ein Pöbel, der die Arbeiter in die Misere hineingeworfen hat.

Die Kasse ist ein Pöbel, der die Arbeiter in die Misere hineingeworfen hat. Die Kasse ist ein Pöbel, der die Arbeiter in die Misere hineingeworfen hat. Die Kasse ist ein Pöbel, der die Arbeiter in die Misere hineingeworfen hat. Die Kasse ist ein Pöbel, der die Arbeiter in die Misere hineingeworfen hat.

Die Kasse ist ein Pöbel, der die Arbeiter in die Misere hineingeworfen hat. Die Kasse ist ein Pöbel, der die Arbeiter in die Misere hineingeworfen hat. Die Kasse ist ein Pöbel, der die Arbeiter in die Misere hineingeworfen hat. Die Kasse ist ein Pöbel, der die Arbeiter in die Misere hineingeworfen hat.

am 30. März erlegen ist. Grün hinterläßt eine Frau mit zwei kleinen Kindern im Alter von zwei und drei Jahren. Die bedauernswerte Frau sieht außerdem ihrer Niederkunft entgegen. Angesichts dieses schweren Unfalls müßte der Gesundheitsdelarbeitsrat zum Bewußtsein kommen, daß sie Leben und Gesundheit zu billig verkauft. Durch Liebesdienerei, niedrigen Lohn, lange Arbeitszeit glauben diese Arbeiter weiter zu kommen. Alle Versuche, die Arbeiter bei Hauler zu organisieren, scheiterten bisher an der Interesslosigkeit. Hoffentlich werden diese Arbeiter nun zur Einsicht kommen, daß nur durch die Organisation bessere Verhältnisse, insbesondere auch besserer Arbeiterschutz herbeigeführt werden können.

Streiks und Lohnbewegungen.

— **Streiks und Aussperrungen** bestehen in Berlin (Nordb. Gummi-fabrik); Braunschweig (Zementwarenfabriken); Breslau (Waggonfabrik); Dresden-Grünberg (Steinbruch Jörn); Frankfurt a. M.-Friedrichsdorf (Rudelfabrik Goller); Halberstadt; Hildesheim (Zuckerraffinerie); Mannheim (Siemenssche Kabelle); Offenbach a. M. (Zellulosefabrik Kohl u. Wengeroth); (Bajala-Steinbrüche); Rügenwalde bei Köstlin; Schorndorf i. Würt. (Knappfabrik F. Fühner); Schwanau i. Th. (Zellulosefabrik R. Wolf, N.-G.); Wunsiedel.

Zuzug nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten!

— **Frankfurt a. M.** In der Rudelfabrik von Theodor Haller-Friedrichsdorf sind die Löhne von jeher recht niedrig. Der Anfangslohn für männliche Arbeiter beträgt 1,30 bis 3 Mk., der Schichtlohn 3,50 Mk.; nur die Weiblicher und die Teilhaber erhalten einen etwas höheren Lohn. Die Löhne der Arbeiterinnen schwanken zwischen 1,20 bis 2,30 Mk., den Schichtlohn erreichen aber nur wenige Arbeiterinnen; die Mehrzahl erhält 1,40 Mk. pro Tag. Herr Haller erklärte die Löhne als ausreichend. Die Jugendlichen verdienen 7,90 bis 10 Mk. die Woche; sie können von Glück jagen, daß sie noch ihre Eltern haben, denn bei diesen Löhnen könnten sie nicht menschenwürdig leben. Am 28. Februar wurden Lohn-erhöhungen eingereicht. Herr Haller lehnte aber Zugeständnisse ab. Auf dem Lande, erklärte Herr Haller, brauche man nicht so hohe Miete zu zahlen, auch seien die Lebensmittelpreise nicht so teuer. Es wurde ver-jahrt, die Arbeiterzeitung als Organisations herauszutreten, was aber nicht gelang. Um die Arbeiter einzuschüchtern, wurden einige gemäßig-ter, mit dem Vorwand, sie hätten innerhalb des Betriebes Agitation ge-trieben. Die Firma hat also alles getan, um die Arbeiterschaft zu er-bittern, und es ist nunmehr zum Streit gekommen.

Daß Herr Haller, der sich Wagen und Pferde halten und auf die Jagd gehen kann, keine Not kennt, glauben wir recht gern. Der Familien- Vater aber, der mit 18 Mark die Woche mit Frau und vier Kindern leben muß, der weiß, was Not, Hunger und Entbehrung heißt. Trotz erhöhter Lebensmittelpreisen sind die Löhne im Hallerschen Betriebe die gleichen geblieben. Die Arbeiter sind noch teilweise um 15 Prozent herunter-ge-lassen worden. Auch in familiärer Beziehung ist manches verbesserungs-be-dürftig. So sind für jetzt 40 Arbeiter nur drei Handtücher verfügbar. Einen Spuchnapf kennt man nicht; für 100 Arbeiter sind nur zwei Aborte vorhanden. Die Fußböden befinden sich in einem sehr reparaturbedürftigen Zustand. Alles Dinge, die in einem Betriebe, wo Lebensmittel hergestellt werden, nicht vorkommen dürfen. Vor dem Ausstand hielt Herr Haller eine Versammlung in seinem Betriebe ab, um die Arbeiter abzujähnen, in eine Lohnbewegung einzutreten. "Ich kann wegen meiner Konkurrenz nicht mehr geben", erklärte er. Dabei steht fest, daß die Konkurrenz durch- weg höhere Löhne zahlt als er. An den Arbeitern liegt es jetzt, Solidarität zu üben.

— **Hildesheim.** (Lohnbewegung auf der Zuckerraffinerie.)

Des öfteren haben wir uns an dieser Stelle mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen der Zuckerraffinerie beschäftigt. Um die niedrigen Löhne etwas in die Höhe zu bringen, haben die Arbeiter Lohnforderungen eingereicht. Verlangt werden 3 Pf. pro Stunde mehr und für Überstunden und Sonntagsarbeit 25 und 50 Prozent Zuschlag. Die gewählte Verhandlungskommission wurde, nachdem ihr ein Vortrag über die Schädlichkeit der Organisations gehalten, mit nichtsagenden Redensarten abgeprüffelt. Die Vertreter der Organisationen wurden nur als "Privatpersonen" empfangen, und so konnten auch diese eine Einigung nicht erzielen. Trotzdem wurde noch ein Versuch gemacht, die Bewegung auf friedlichem Wege zu erledigen, indem die Arbeiter das Gewerbeamt als Einigungsamt anriefen. Aber auch diese Verhandlungen sind resultatlos verlaufen. Auf die Lohnfrage einzugehen, wurde von der Direktion insoweit den Vertretern der Organisation gegenüber wie auch vor dem Gewerbeamt abgelehnt mit der Erklärung, mit dritten Per-sonen könne über diese Frage nicht verhandelt werden. Dieser Standpunkt mußte sonderbar an, wenn man bedenkt, daß der Herr Kommerzienrat Zieger Vorsitzender des "Industrievereins für den Regierungsbezirk Hildesheim" ist. Die Punkte, über welche eine Einigung erzielt werden konnte, sind nebensächlich im Verhältnis zu den gestellten Forderungen.

In zwei stark besetzten Betriebsversammlungen hat nun die Arbeiterschaft Stellung zu den Verhandlungen genommen, und es wurde gegen 3 Stimmen beschlossen, die Kündigung einzureichen. In den Versamm-lungen konnte man keine erblicken, die fast ein Menschenleben in dem Betriebe beschäftigt sind. Wenn man nun die Erbitterung dieser alten Leute gesehen hat, dann wird einem klar, daß nur jahrelange Enttäuschungen solchen Groll werden konnten. Hier hätte die Direktion sich überlegen können, daß der Unmut nicht von außen hineintragen werden ist, sondern daß er ein ganz natürliches Produkt der Verhält-nisse ist.

Sind wir nun die Verhältnisse so ruhig, wie sie von der Direktion eingehandelt werden? Wir sagen nein! Einige Beispiele mögen dies beweisen. Die nachfolgenden Zahlen sind der Direktion vor dem Gewerbeamt und auch vor den Vertretern der Organisationen vorgelegt worden und beziehen sich auf 150 bis 160 Arbeiter.

Auf Grund der Lohnlisten wurden im

Vierteljahre

im Jahre 1910 357 Stunden, 1911 337,5, 1912 369, 1913 362,5	1910 139,38 Mk. Lohn und 207,30 Mk. Aufwand = 1416,68 Mk.
1911 1147,50 Mk. Lohn und 211,71 Mk. Aufwand = 1359,21 Mk.	
1912 1234,60 Mk. Lohn und 231,09 Mk. Aufwand = 1465,69 Mk.	
1913 1231,82 Mk. Lohn und 263,02 Mk. Aufwand = 1494,84 Mk.	

für Arbeiter mit 1/2, Aufwand und 32 Pf. Stundenlohn

1910 1158,24 Mk. Lohn und 155,44 Mk. Aufwand = 1293,68 Mk.
1911 1159,36 Mk. Lohn und 197,23 Mk. Aufwand = 1356,64 Mk.
1912 1180,80 Mk. Lohn und 173,31 Mk. Aufwand = 1354,11 Mk.
1913 1080,00 Mk. Lohn und 158,76 Mk. Aufwand = 1238,76 Mk.

für Arbeiter mit 1/2, Aufwand und 30 Pf. Stundenlohn

1910 1047,10 Mk. Lohn und 103,62 Mk. Aufwand = 1170,72 Mk.
1911 1084,90 Mk. Lohn und 131,52 Mk. Aufwand = 1216,42 Mk.
1912 1107,00 Mk. Lohn und 115,54 Mk. Aufwand = 1222,54 Mk.
1913 1072,50 Mk. Lohn und 105,84 Mk. Aufwand = 1178,34 Mk.

Redner muß diese Zahlenkolumnen in Stundenlöhne um und berück-sichtigen, daß diese Arbeiter obige Löhne nicht beziehen, dann wird man erahnen, daß diese Arbeiter reden können. Es sind aber auch noch eine ganze Anzahl Arbeiter vorhanden, die nur 2,65 bis 3,00 Mk. reinen Lohn bekommen. Wenn bei dem einen oder dem anderen noch einige Fernjahre Aufwand dazu kommen, so kann immer noch nicht von ausreichenden Ebdnen geredet werden.

Aus dem Beschlusse, die Kündigung einzureichen, ist zu ersehen, daß die Arbeiterschaft keine Lust hat, sich nur mit billigen Neben zufrieden zu geben. Gestützt auf die Organisation kann der Kampf aufgenommen werden, den weder die Arbeiterschaft noch die Vertreter der Organisationen haben wollten. Sie haben versucht, ihn zu vermeiden, aber die Einigung scheiterte an dem ablehnenden Verhalten der Direktion. Sie hat die Verantwortung für den Kampf zu tragen. Wir sind nach wie vor zu Verhandlungen bereit. Möge die Direktion ihren langjährigen Arbeitern etwas Entgegenkommen zeigen!

Um die Arbeiterschaft richten wir die Bitte, die Hildesheimer Zuckerraffinerie zu meiden und den Zuzug von fremden Arbeitskräften und Handwerkern fernzuhalten.

Für die beteiligten Verbände:
F. A.: Franz Buchelt.

Verbandsnachrichten.

Warnung!

Gestohlen wurde in Grabow i. Mälbg. das Mitgliedsbuch Nr. 356 923 auf Karl Stoll lautend. Es darf darauf keine Unterstützung gezahlt werden; der Vorzeiger ist zur Anzeige zu bringen. Das Buch ist abzunehmen und an den Vorstand zu schicken.

Zur Beachtung für die reisenden Kollegen!

Die Bevollmächtigten und Unterstützungszahler dürfen nicht auf der Arbeitsstelle aufgeführt werden. Sie geben da keinerlei Auskunft, zahlen auch keine Unterstützung aus.

Das Auffuchen eines Bevollmächtigten auf der Arbeitsstelle bringt also den reisenden Kollegen keinen Nutzen, kann aber Nachteile für den Bevollmächtigten haben und ist deshalb unter allen Umständen zu unterlassen.

Es hat kein Mitglied das Recht, Auszahlungen von Unterstützung zu einer andern als der vorgeschriebenen Anzahlzeit zu verlangen.

Vom 31. März an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

120,26	Nossen 218,84	Heegermühle 137,61	Schwefingen 117,52
Eberswalde 83,16	Radeburg 81,97	Wegfelberg 59,36	Byernont 51,75
Greifswald 21,03	5. 13,75	Wetten i. d. M. 500,—	Schwefingen 4,—
Kempfen 232,04	Röthen (Anh.) 227,34	Frankfurt a. d. O. 197,02	Zell a. S. 46,57
Wolbenberg 17,27	Ujmar 1,02	Danzig —90	Kobach i. N. 241,23
Wodnig 378,10	Klein-Kroenburger 208,09	Großhain 160,—	Korbach 103,—
Waireuth 81,51	Lehrte 51,70	Lüdenheid 42,35	P. 4,—
Driefen 3,—	S. 2,06	Leipzig 1129,47	Waltershausen 453,33
Zerbst 90,94	Grimma 401,87	Rieja 340,82	Helmstedt 261,75
Neuhaldensleben 147,97	Greifenberg i. P. 103,37	Goslar a. S. 10,—	Auf a. d. P. 54,15
Riegenhals 34,54	Königswalde 18,—	Schönberg i. M. 14,12	Baußen 10,—
Eythra 9,15	Eilst 9,—	Mannheim 1364,16	Uhligen 142,38
Partha i. S. 416,49	Wüstrow 348,34	Rippertig 252,92	Friedland i. M. 233,48
Wiefeld a. L. 201,72	Warin i. M. 158,66	Thale a. S. 122,21	Wriezen 68,54
Borna (Bez. S.) 40,75	Chemnitz 33,—	Baußen 10,—	Elmsborn 6,—
Neumünster 760,10			

Schluss: Montag, den 6. April, mittags 12 Uhr.
Fr. Bruns, Kassierer.

Die Abrechnung für das 1. Quartal 1914 haben eingefandt:

Kobach, Byernont, Eberswalde, Heegermühle, Waireuth, Zerbst, Wegfelberg, Greifswald, Schwefingen, Dresden, Wolbenberg, Zell a. S., Driefen, Ujmar, Radeburg, Mainz, Burgun, Lehrte, Herzberg, Uster, werda, Wodnig, Neubrandenburg, Reib, Bitterfeld, Korbach, Tanger, münde, Lau, Greifenberg i. P., Riegenhals, Frankfurt a. O., Schweinfurt, Neuhaldensleben, Klein-Kroenburger, Helmstedt, Küstrin, Osterwied-Glauchau, Waltershausen, Zehdenitz, Grotisch, Nossen, Wriezen, Partha-Bamberg, Borna b. S., Rieja, Kuppersteg, Uhligen, Einbeck, Eythra, Warin, Friedland i. M., Penzig, Mannheim, Fürth, Homburg i. Pf., Erlangen, Rastenburg, Eichershausen, Celle, Leisnig, Waldheim, Wittenberge, Neuhofen, Barmen, Dorndorf, Königsberg i. Pr., Königs-lutter, Landsbut, Döberleben, Seidenheim, Brudmühl, Heibingsfeld, Wiefeld a. L., Burg b. M., Wallstadt, Röhren, Bornhöved, Strehla a. E.-Penig, Wüstrow, Harzburg, Straubing, Lübbede, Gühlen.

Zustimmung zur Erhebung von Lokalbeiträgen

Andernach. 15 Pf. pro Mitglied und Woche im Sommerhalbjahr. 5 Pf. pro Mitglied und Woche im Winterhalbjahr.

Ausgeschlossen

wurde das Mitglied der Zahlstelle:
Neustadt a. d. Gardt. Heinrich Reiss, Buch-Nr. 552 327.

Verlorene und für ungültig erklärte Mitglieds-Bücher und -Karten.

Buch-Nr.	Name des Mitgliedes	geburts-datum	Eintritts-datum	Eingetreten in
550 720	Georg Meßner	16. 8. 88	20. 5. 12	Nürnberg
373 592	Ernst Krauter	24. 12. 91	5. 9. 09	Stuttgart
356 923	Karl Stoll	13. 8. 80	20. 1. 09	Grabow
351 546	Jean Paffenholz	8. 6. 52	5. 12. 08	Barmen
393 641	Konrad Weiß	15. 1. 76	26. 2. 10	Fürth
556 684	Alfred Schmidt	23. 7. 88	1. 9. 12	Nürnberg
433 413	Heinrich Schöb	12. 6. 92	16. 4. 12	Lübeck
444 280	Rudolf Gierke	30. 9. 84	6. 8. 10	Bosen
553 471	Johann Biermann	8. 10. 92	26. 5. 12	Karlruhe
253 484	Leonhard Habel	23. 7. 75	27. 1. 08	Mainz
160 097	Gustav Waller	2. 7. 88	7. 1. 07	Friedland

Karten-Nr.	Name des Mitgliedes	geburts-datum	Eintritts-datum	Eingetreten in
330 474	Giulia Vertrucai		90/21. 3. 13	Singen
354 738	Johann Wilms	24. 7. 88	8. 9. 13	Lübeck

Neue Adressen und Adressenänderungen.

- Althaldensleben.** August Matthies, Neuhaldenslebener Straße.
- Elsterwerda.** Wilhelm Hoffmann, Biebla b. E., Krauperstraße 17, 1. Et.
- Eythra.** Willi Paul, Markantäcker Straße 159 b.
- Grotisch.** 1. Bevollmächtigter Emil Schmidt, Guntzstraße 32, 1. Et.
- Neustettin.** Otto Böje, Weinbergstraße 16.
- Schwab.** Otto Müller, Dresdener Straße 10, Seiteng. 1. Et.
- Frankfurt.** Herm. Gewalt, Lederberg 59.
- Schwefingen.** August Haas, Werderstraße 1.
- Straßburg.** Karl Köpfe, Heiserlahn 21, 1. Et.
- Worms.** Friedrich Althammer, Schloßergasse 11.

Chemische Industrie

Kapitalistenfreuden und Arbeiterleiden auf dem Höchster Farbwerk.

Wie der Anilinfabrikanten Elberfeld-Ludwigshafen-Treptow geht auch das Höchster Farbwerk daran, eine Kapitalverwässerung vorzunehmen. Der Vorstand und Aufsichtsrat haben beschlossen, der am 9. Mai stattfindenden Generalversammlung eine Verteilung von 30 Prozent Dividende und eine Erhöhung des Aktienkapitals um 14 Millionen Mark vorzuschlagen, wodurch dasselbe auf 50 Mill. Mark steigt. Zur Begründung (lies Veruhigung) wird der Öffentlichkeit (lies Arbeiterschaft) mitgeteilt, daß die neuen Mittel zur Durchführung von Vergrößerungen und technischen Verbesserungen der Betriebe dienen sollen.

Befehen wir uns den letzten Bericht, so finden wir, daß der Anschaffungswert der gesamten Fabrik inkl. der Wohnungen für Aufsicht und Arbeiter 89 004 000 Mk. beträgt und bis auf 28 000 830 Mk. abgeschrieben ist. Weiter befinden sich in der Bilanz nur 7 Mill. Mark Anleihe, dann noch 16 311 000 Mk. ordentliche Reserve und 3 072 000 Mk. Spezialreserve. Also eine Bilanz, die den Aktionären das Herz im Leibe lachen läßt. Der günstige Stand des Wertes kommt auch durch den Börsenkurs von 668 Prozent zum Ausdruck.

Wie nun auf Grund einer solchen guten Bilanz von einem „Bedürfnis“ der Kapitalerhöhung gesprochen werden kann, dürfte wohl nur ein Kapitalist verstehen. Denn einer solchen Aktiengesellschaft dürfte es wohl nicht schwer fallen, eine 14 Millionen Mark betragende Anleihe aufzunehmen und mit 4 bis 5 Prozent zu verzinsen; aber das will man ja nicht, es soll den Aktionären der Farbwerke ein Extraprofit zu dem üblichen Goldstrom verschafft werden. Und dies wird durch die Bekannmachung der Verwaltung bewiesen, in der es heißt: „Auf je drei alte Aktien wird eine neue zu 140 Prozent angeboten.“ Nach diesem Anerbieten erhalten die Herren je eine neue Aktie, deren Nennwert 1 000 Mark beträgt, zum Preise von 1 400 Mark, und nach den Erfahrungen des Jahres 1908, wo auch eine Kapitalverwässerung um 10 1/2 Mill. Mark erfolgte und die Dividende von 30 Prozent auf 27 Prozent sank, wird wahrscheinlich auch diesmal die Dividende von 30 Prozent auf 25 Prozent fallen. Wenn wir nun annehmen, daß infolge der Kapitalverwässerung der Börsenkurs auf 600 Prozent sinken würde, so hätten die Aktionäre, welche die neuen Aktien zu 140 Prozent bekommen, mit einem Schlag 460 Prozent Kursgewinn, der sich z. B. bei Verkauf einer Aktie auf 4600 Mark belaufen würde und von 14 Millionen Mark neuem Aktienkapital 64 Mill. Mark beträgt, so daß die fünfprozentige Dividendeneinbuße in Wirklichkeit gar nicht als Verlust gebucht zu werden braucht. Es ließen sich natürlich noch weitere Schlüsse ziehen, wir unterlassen das aber.

Somit bedeuten die Höchster Farbwerksaktien für die Aktionäre eine recht behagliche, sorgenfreie Einrichtung und eine sehr gut rentierende Sparkasse.

Betrachten wir die Lage der Arbeiter, so ergeben sich für die Millionenfirma recht beschämende Zustände. Es betragen die Löhne der Angelernten 36 bis 50 Pf. pro Stunde, d. h. 36 ist der Anfangslohn und 50 Pf. ist der Endlohn, welcher aber erst nach neunjähriger Tätigkeit erreicht wird. Und dabei hat Höchster hohe Lebensmittelpreise und die höchsten Wohnungsmieten. Müßen doch für eine anständige Dreizimmerwohnung 32 bis 35 Mark pro Monat gezahlt werden. Da diese Summe kein verheirateter Arbeiter aufbringen kann, muß sich die Familie in ein Zimmer zurückziehen, dort schlafen und z. T. auch wohnen, die übrigen Zimmer werden an Schlafers vermietet. Die Folgen solcher Wohnungsverhältnisse, in hygienischer und sittlicher Beziehung, sind denkbar traurig und haben ihre Ursache in niedrigen Löhnen, welche das Farbwerk zahlt und so als Richtschnur für die Industrie der Umgebung dienen. Ebenso liegt es bei der Gewährung von Urlaub. Da gibt es für denjenigen, der fünf Jahre im Betrieb ist, sechs Tage und für den, der 30 Jahre tätig ist, auch nur sechs Tage; während doch der Hygieniker, Arzt und auch Direktor der Anstaltung beiträten müßten, daß der, der länger in einem Betrieb der chemischen Industrie steht, auch einen längeren Urlaub haben müßte, wenn nicht Raubbau mit seiner Arbeitskraft getrieben wird. Verühren wir das Gebiet Arbeiterschutz, so sind es immer noch mäßige Zustände, welche hier konstatiert werden, wenn auch zuzugeben ist, daß die Direktion dieser Sache mehr denn bisher Beachtung schenkt. Man will nicht die Quelle, nämlich die Lantienwirtschaft der Betriebsleiter, Aufsicht usw., beseitigen, und solange diese Zustände bestehen, werden alle mütterlichen Ermahnungen der Direktion auf keinen fruchtbaren Boden fallen. Erst die Macht der Organisation wird auch hier den Arbeitern zum Schutz von Leben und Gesundheit verhelfen. So sind allein in der letzten Woche drei Mann schwer erkrankt und einem Mann wurde die linke Hand zermalmt. Das Schrecklichste bei diesen Unfällen ist der Umstand, daß die Ursachen nur in mangelnder Betriebsanweisung liegen. Auf der andern Seite stehen die Zahlen der Vergifteten, die durch ein Betriebskrankenkassen-Arztssystem als Influenza- oder Angina-Erkrankte bis an ihr seliges Ende behandelt werden.

Das Fazit des abgelaufenen Geschäftsjahres der Höchster Farbwerke ergibt für die Aktionäre einen ungeheuren Goldstrom und für die Arbeiter bei niedrigem Lohn in giftgeschwängerten Räumen Verlust von Leben und Gesundheit.

Deshalb, Arbeiter ermachet, schließt euch dem Fabrikarbeiterverband an! Wir wollen bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, die man nicht freiwillig gibt, erkämpfen! hl.

Hönningen a. Rh.

Wie so mancher deutsche Strom abwechselnd durch Ebenen und Gebirge fließt, so treiben auch die Wellen des Rheinstromes durch bergige und ebene Gefilde. An den seinen Lauf begleitenden Bergabhängen gedeiht die Webe, auf steilen Felszäpfeln aus höheren Wäldern hervorragend, grünen jagennmohrene Burgen und Burgruinen. In der Ebene befinden sich nebst saftigen Wiesen und fruchtbarem Ackerland ausgedehnte Industrie- und Badeorte. Gern bemerkt

das Auge des vorüberfahrenden Beschauers auf letzteren, während die rauchigen Schornsteine, die staubigen Zementfabriken, die gerade nicht angenehm duftenden chemischen Betriebe unter diesen Idyllen sehr lästig empfunden werden.

Für das Erwerbsleben selbst spielt die Frage nach Schönheit dieser oder jener Landschaft eine mehr oder weniger große Rolle. Gewiß wäre es angenehmer, wenn anstatt chemischer Fabriken oder Zementwerke überall Badeorte entstehen könnten. Da es heute aber nur einer kleinen Gesellschaftsähnlichkeit ermöglicht wird, auf Wochen in teure, mit allem Komfort ausgestattete Badeorte zu reisen, so ist die Zahl der bestehenden Bäder ausreichend, und mancher Ort, der schließlich eine nicht gerade ungünstige Lage hat oder womöglich noch Thermalquellen aufweist, muß im Interesse seiner wirtschaftlichen Entwicklung auf die Umgestaltung in einen Badeort verzichten und mit Industrie fürlieb nehmen. So ging es dem verhältnismäßig schon gelegenen Dorfe Hönningen am Rhein, dessen „Ruf“ besonders von den Wandervögeln unter den Arbeitern der chemischen Industrie in alle Welt getragen wird, wenn dieser Ruf auch nicht als besonders gut bezeichnet werden kann.

In Hönningen befinden sich fünf Kohlenäurewerke, die Chemische Fabrik Hönningen, die unter anderem Strontianfäule, Natronsalz, Salz, Salpeter- und Schwefelsäure, Schwefelsäure-Tonerde, Soda, Schwefel und Superphosphat herstellt, und zwei Bariumazobromide. Der größte Betrieb, die „Chemische Fabrik Hönningen“, beschäftigt zurzeit 775 Arbeiter und 100 Beamte. Von den Arbeitern sind rund 160 als Fremde in den Schlafbaracken der Fabrik untergebracht, z. T. 100 wohnen in Privatallogis im Dorfe, viele Arbeiter kommen aus den Nachbardörfern Hönningens, und nur ein kleiner Teil sind ortsanfässige Leute.

In diesem kleinen, nur von 3800 Personen bewohnten Dorfe fallen die Fremden, in schlechte Lumpen gekleideten, meist vollständig im Bruch befindlichen Arbeiter stark auf und werden von den paar honneten Bürgern als eine unangenehme Erscheinung empfunden. Naturgemäß richtet sich ihre Abneigung nicht allein gegen die Fremdlinge, sondern auch gegen die Leitung der chemischen Fabrik, wie das aus zwei Broschüren, die Dr. Schreiner, ehemaliger Beamter des Rheinischen Bauernvereins, verfaßt hat, hervorgeht. Diese Broschüren hat die Leitung der chemischen Fabrik von einem Dr. Wülfing und einem Professor Dr. Schlopp beantwortet lassen. Der Inhalt der Broschüren hat lediglich für Ortskundige erhebliches Interesse. Nur soweit sei gesagt, daß die Ursachen des Streites in örtlich-politischen Machtverhältnissen liegen.

Das preussische Dreiklassenwahlrecht hat dem Leiter der Fabrik, Dr. Kirckhoff, die Uebermacht in der Gemeinde gebracht. Er wählt als erstklassiger für sich allein, bildet mit seinen getreuen Beamten die Mehrheit, während die Mandanten des Bauernvereins in der Minderheit bleiben. Anstatt nun die Ungerechtigkeiten des preussischen Wahlrechtes zu bekämpfen und an den Pranger zu stellen, versucht Schreiner mit allen möglichen Beweismitteln den Nachweis zu führen, daß Hönningen ein Badeort geworden wäre und diese Entwicklung dem Mittelstande Vorteile gebracht hätte, wenn die chemische Fabrik nicht nach Hönningen gekommen wäre. Wir wollen uns in den Streit der Bürger und der Fabrikleitung nicht einmischen, doch steht fest, daß der Ort Hönningen durch die Industrie eine größere Entwicklung genommen hat, als wenn aus ihm ein „Bad“ gemacht worden wäre.

Die Angriffe Schreiners wurden, soweit wir beurteilen können, durch Tatsachennachweise, daß die Direktion der chemischen Fabrik und die Bürgermeisterei Hönningens leidet, gründlich widerlegt, was natürlich, soweit die Lage und die Löhne der Arbeiterschaft in Betracht kommen, nicht ohne Schönfärberei abging, sonst hätten die in der Broschüre von Schlopp angegebenen Summen über Löhne und Gehälter getrennt angegeben werden müssen, wodurch eine einwandfreie Berechnung der Durchschnittslöhne ermöglicht worden wäre.

Die Entwicklung der Industrie brachte für Hönningen eine Wohnungsnot und damit eine verhältnismäßig starke Mietsteigerung mit sich. Für einen leeren Raum resp. ein Zimmer werden 6 bis 7 Mark bezahlt. Die Gemeindeverwaltung, in der die Leitung der Fabrik tonangebend ist, unternahm nichts zur Befriedigung dieser mißlichen Verhältnisse. Man will offenbar die Armen- und Schulkasten den umliegenden Dörfern, die als Wohnort vieler verheirateter Arbeiter in Frage kommen, aufhalten und die Gemeinde Hönningen schonen. Niedrige Prozentzinsen bei der Gemeindeförderung sind auch der Fabrik von Vorteil. Ein Ritter von Ar und Halm, Graf von Westerholz, verließ angeblich der unangenehmen Gerüche wegen seinen uraltan, angekauften Herrenhof und entzog somit den größten Teil seiner nicht unwichtigen Steuern der Hönninger Gemeinde. Bei einigen finanziellen Ortsgrößen Hönningens hat der Lokalpatriotismus große Wähler bekommen, weil sie nichts zu sagen haben. Auch sie tragen sich mit Fluchgedanken vor den Käufern der Schöte.

Durch Befriedigung der Wohnungsnot würde Hönningen wohl an Einwohnerzahl zunehmen. Dieser Zuwachs würde vermuthlich, noch rein finanziellen Standpunkte eines simplen Gemeindevorstandes betrachtet, gerade keine Stärkung der Aktiva in der Gemeindebilanz bedeuten. Sie könnte jedoch zu einer solchen werden, wenn die Wohnverhältnisse erheblich verbessert würden. Ein großer Teil des Reingewinns müßte anstatt an die Aktionäre an die Arbeiter entfallen, damit letzteren eine menschenwürdige Lebenshaltung ermöglicht würde. Das will die Fabrikleitung und damit auch die Gemeindeverwaltung nicht, sonst würde sie Wohlthätigkeit in der Wohnungsnot, Abhilfe schaffen in den Schlafhäusern der Fabrik.

Die Schlafhäuser sind aus Schwenmsteinen gebaute, nicht ausgeglichte, außen nicht verputzte, einstöckige, langgestreckte, schlecht ventilirte Baracken. Sie sind nur an einer Seite mit genügend großen Fenstern versehen. Die Innenwände sind glatt verputzt und mit Wasserfarbe gefärbt. Die Gebäude weisen, schätzungsweise berechnet, eine Länge von 10 bis 30 Meter auf.

Die innere Einrichtung ist sehr primitiv. Eisener Helmbetten stehen immer zwei nebeneinander in endloser Reihe an der einen Wand entlang. In der Regel sind auf die ersten und letzten zwei oder drei Betten noch mehr Betten aufgesetzt, damit ja die behördlich zulässige Anzahl der Betten sich mit dem vorhandenen Luftraum ausgleicht. In die meisten Betten sind je zwei Längs- und Querbretter eingesetzt. In diesem kastenartigen Behälter liegt ein Strohhalm. Auf demselben ein Barchentbezug. Dann folgen ein Kopfkissen mit Leberzug und meist zwei graue „Wolldecken“. Je nach Größe des Raumes stehen 12 bis 45 Betten in einem Raum. Die Sauberkeit der Bettwägen, die alle vier Wochen gewechselt wird, läßt manches zu wünschen übrig. Auf eine Frage, warum denn die Mehrzahl der Betten so schmutzig sei, wurde uns erklärt, das liege an der Sauberkeit jedes einzelnen Leute, die sich regelmäßig baden, kämen mit ihrer Bettwäsche länger aus, und überdies würde ohne weiteres neue Bettwäsche verabschiedet, wenn sie verlangt würde. Mag sein, daß unreinliche Leute vorhanden sind, aber muß denn das Verabfolgen reiner Bettwäsche in das Bekleben solcher Leute gestellt werden? Wenn der Verwalter seine Aufgabe pflichtgemäß erfüllt, dann hat er dafür zu sorgen, daß die Bettwägen rechtzeitig gewechselt wird; dagegen wird sich auch der unauberste Arbeiter nicht wehren.

Die Wolldecken, von denen gar manche Köcher aufweisen, sollen angeblich jedes halbe Jahr gewaschen werden; es kommt aber vor, daß Arbeiter, die längere Zeit da sind, die Decke darüber hinaus in unreinem Zustande behalten. Jeder Anwärter, und deren sind es natürlich nicht wenig, bekommt als Bettwägen einen Kopfkissenbezug, ein Bettuch und zwei Decken, die er pflichtgemäß bei Aufgabe der Stelle abzuliefern hat. Gibt er die Reichsartigung schon nach acht oder vierzehn Tagen oder früher auf, so werden ihm 30 Pf. für Wägen abgezogen. Diese Wolldecken wandern in der Regel in ungeräumten Zustände an andere Anwärter. Ein Ueberzug aus Leinen über diese Krankheitsräger würde das Midebste sein, was zu fordern wäre, weil dessen Reinigung leicht möglich ist.

Jeder Arbeiter hat, bevor er an die Arbeit geht, sein „Bett“ wärmt zu legen, d. h. er säubert den Strohhalm auf, legt das eisernen Beleg und sämige Kopfkissen gerade und deckt beide Decken darüber. An ein Auskäufen der „Betten“ ist unter solchen Verhältnissen nicht zu denken. Für die übrigen Reinigungsarbeiten sind einige Hausfrauen angestellt.

Als weiteres Mobiliar befinden sich in den Schlafräumen einige Tische und Bänke, die nicht im ehestensigen Sitzgelegenheit für nur den vierten Teil der Besatzung bieten, so daß viele das Bett als Sitz-

gelegenheit benutzen. Zur Aufbewahrung der wenigen Habseligkeiten sind an den Wänden mehr als primitive Hakenreihen befestigt, die wegen der kleinen Haken eher als Schlüsselbretter Verwendung finden könnten. An der andern Längswand des Raumes sind eine Anzahl primitiver Schränke, jeder mit Hängeschloß versehen, aufgestellt. Angeblich soll eine Anzahl von ihnen keine Hintertür haben, so daß selbst das beste Hängeschloß keinen Zweck versieht. In jedem Raum, mag er nun groß oder klein sein, steht ein Ofen, der aber nicht, wie das erforderlich wäre, mit einem Schirm umgeben ist. Die dem Ofen zunächst liegenden Arbeiter haben infolgedessen sehr unter der strahlenden Hitze zu leiden. Außerdem dürfte diese Heizvorrichtung an kalten Tagen unzureichend sein.

In diesen lahlen, nur ungenügende Sitzgelegenheit bietenden Räumen, in denen oft ein furchtbarer Gestank herrschen muß, fühlen sich die Arbeiter natürlich nicht heimlich. Das Enderesultat dieser Mißere ist der Wirtschaftsbefuch, wo die paar Pfennige, die für bessere Zwecke Verwendung finden könnten, in Alkohol umgesetzt werden.

Ein weiterer Mißstand sei noch erwähnt, der ganz leicht abgeheilt werden könnte. Je größer nämlich die Anzahl der Arbeiter ist, die in einem Raum zusammengedrängt sind, desto größer sind die Ruhestörungen während der Nacht. Hier müßte Vorkehrungen getroffen werden, daß zwei, höchstens vier Mann, in einem Raum kampieren. Außerdem wäre es dann auch möglich, daß auf Sauberkeit und Ordnung bedachte Arbeiter zusammengelegt werden könnten.

Ein weiterer Mißstand, den wir allerdings auch in Schlafstätten anderer Fabriken antreffen, ist der, daß die Nachschichtleute mit den Tagelohnarbeitern in einem Raum untergebracht sind. Kommt die Nachschicht von der Arbeit, so findet sie, besonders in kalter Jahreszeit, ungelüftete Räume, die natürlich, weil die Nachschicht nun auch schlafen will, nicht genügend oder gar nicht gelüftet werden. Außerdem werden diese Leute tagsüber beim Schlafen gestört. Es wäre also höchst einfach, immer nur alle Leute von einer Schicht zusammenzuliegen, wodurch auch dieser unhygienische Zustand beseitigt wäre.

Die in den Baracken befindlichen Wasserleitungen sind nicht heizbar und nur mit kaltem Wasser versehen und werden, da die Aborte außerhalb der Baracken liegen, oft als Piss- und Abort benützt. Alle diese Mißstände sind mit die Hauptursachen, weshalb in Hönningen ein so harter Wechsel ist. Es ist anzunehmen, daß die Direktion Kenntnis von den Mißständen hat und daraus zu folgern, daß für Befriedigung derselben nur deshalb nichts getan wird, weil man aus diesen Fremden nicht Ortsanfässige machen will.

Neben der Befriedigung von Schlafgelegenheit wird aber auch für das leibliche Wohl der Fremden gesorgt. Diesem Zweck dient die Menage, die auf demselben Grundstück in natürlich unzureichender Weise untergebracht ist. Der „Speiseaal“, in welchem 160 Mann ihre Mahlzeit einnehmen sollen, ist z. T. 7 Meter lang und 4 Meter breit. In ihm stehen zwei Tische mit Bänken, die nur drei Meter lang sind, und zwei Tische mit Bänken von je 1,50 Meter Länge. Es haben also höchstens 50 Mann Sitzgelegenheit, die andern müssen stehend ihr Essen einnehmen.

Wer fremd ist, wird der Menage und damit den Schlafstätten überwiegen. Er bezahlt täglich 65 Pfennig, welche vom Lohn einbehalten werden. Die Firma gibt dazu ganze 5 Pfennig Zuschuß. Für diese Beiträge wird gewährt: Schlafen, morgens Malzlasse, und vier Löffel, dann sich gemahlene Malzstee zu einem „kräftig schmeckenden“ Anisbrot für das Frühstück mitnehmen; dann Mittag- und Abendbrot. Das Mittagessen besteht in Hühnersuppe mit Fleisch oder Würst. Es sollen auf pro Mann 120 Gramm entfallen. Da auf Befragen erklärt wurde, daß täglich zu Mittag 22 Pfund Fleisch gebraucht würden, so können wir beim besten Willen, wenn 160 Mann davon essen, nicht auf 120 Gramm pro Nase kommen. Fleisch wird aber nur zweimal wöchentlich gegeben. Sonst gibt es Würst, von der das ganze Pfund 50 Pf. kostet, in entsprechend verkleinerten Portionen. Zur Abwechslung mit den Hühnersuppen werden Suppen von geräuchertem Fleisch mit Graupen oder Reis, auch Nudeln mit Kartoffeln, Sauerkraut usw., verabfolgt. Allgemein wird geklagt über das nicht genügende Würzen der Speisen. Hier wäre durch Bereitstellen von Gewürzen leicht Abhilfe geschafft. Während das Fleisch oder die Würst portionsweise zugeteilt wird, nimmt jeder Mann von Suppe und Gemüse nach Bedarf.

Das Abendbrot besteht aus Kartoffeln und Salzhering oder dessen Abarten, wie Bismarckhering, Bratfening, Kollmops, mariniertem Hering, Blutz- oder Leberwurst, oder belegtem Brot mit 1/2 Liter Bier. Frühstück und Beier wird in der Regel in der Menage gekostet, und da viele der Schlafhausbewohner im Bruch antommen, so sind sie auf diese Quelle direkt angewiesen. Angeblich sollen verschiedene Nahrungsmittel im Dorfe billiger zu haben sein. Wer nun in Dorfe laugt, kann unter Umständen damit rechnen, daß er unter irgendwelchem Vorwande die unangenehmen Schlafräume, und mangels jeder Wohngelegenheit die Arbeit quittieren muß. Natürlich wird durch Verkauf von Flaschenbier bei charakterstarken Elementen der Bäckerei Vorstoß geleistet. Ein halbes Liter Bier wird mit 15, drei Viertel Liter Bier mit 25 Pf. verkauft.

Die Arbeiter, und zwar darunter besonders die schwere Arbeit verrichtenden, sind der Auffassung, daß die verabfolgte Kost nicht ausreicht, den Verbrauch der Arbeitskraft zu ersetzen. Es wäre deshalb angebracht, wenn auch ein etwas besseres Essen gegen einen höheren Preis geliefert würde, das zugleich abwechslungsreicher gestaltet werden könnte.

In allen den von uns kritisierten Fällen können Verbesserungen nur mit dem Aufwand größerer Mittel durchgeführt werden. Einmal müßte die Fabrik dafür sorgen, daß peinlichste Sauberkeit herrschte. So würden die Betten von extra dazu bestellten Personen gewaschen, gemacht und instand gehalten werden müssen. Die absolut notwendige Verkleinerung der Schlafräume müßte durchgeführt werden, woraus sich dann manche Vorteile ergeben, die schließlich auch im Interesse der Fabrikleitung liegen. Die Verabfolgung des Speiseaals müßte nicht nur bei Jahren geplant, sondern auch zur Ausführung gebracht werden. Die Räume sind unzureichend zu gestalten. Unter anderem würde Silberblech an den Wänden der Räume ein besseres Aussehen geben. Der Verabfolgung besseren Essens zu einem etwas erhöhten Preise müßte mehr Augenmerk geschenkt werden. Es ist schon eine vollständig verkehrte Lakt, wenn die Proletarier der Landstrasse in solchen Räumen hausen müssen. Noch verkehrter aber ist es, Leuten, die Arbeit gefunden haben, durch solche jämmerliche Wohnverhältnisse das Bleiben zu verwehren. Kein Wunder, wenn solche Arbeiter dann im Glend verjammern und allen Verbesserungsbestrebungen gleichgültig gegenübersehen.

Wenn die Leitung der chemischen Fabrik in Hönningen den Wohlstand schaffen will, der angeblich schon vorhanden sein soll, dann muß sie recht viel Veräumtes nachsehen. Erhöhung der Löhne, Schaffung von billigen und guten Wohnverhältnissen sind für die durchführbare Nothwendigkeiten. Folat sie den von uns als vorläufig absolut notwendigen Rathschlägen, so würde vieles gebessert und die Leistungs-fähigkeit des Werkes mit einer gut eingearbeiteten Arbeiterschaft gegeben werden. Aber auch den Arbeitern erwacht die Pflicht, in der Bekämpfung der müssigen Verhältnisse mitzuwirken. Der Schlossermeister Buchwald empfahl den Arbeitern, ihre Beschwerden der Direktion vorzutragen, damit Abhilfe erfolgt. Die Erfahrung lehrt, daß der Wunsch des Einzelnen in der Regel nicht beachtet wird. Erst die Organisation der Arbeiterschaft bildet einen Machtkörper. Geschlossen im Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands organisiert, bildet sie eine Macht, mit der die Direktion zu rechnen hat; und deren Wünschen sie auch Rechnung tragen wird.

Getriebe in den Rüggerswerken in Ernter.

In Nr. 6 des „Proletariats“ wurde mitgeteilt, daß die Rüggerswerke mit dem Fabrikarbeiter-Verbande auf ihren Werken in Köttera (Pommern) einen Tarifvertrag abgeschlossen haben. Es wurde dabei angeführt, daß die Generaldirektion befreit sei, sich durch den Tarifvertrag einen Stamm guter und bewandelter Arbeiter zu erhalten. Anders der Direktor Herr Dr. Senger der hiesigen Werke. Vor ca. 1 1/2 Jahren gründete er einen Arbeiterverein und mit den bekannten Mitteln wurden die Arbeiter in den Werken geprüft. Unter die Befehle der Versammlungen wurden Zigaretten verteilt. Feste wurden arrangiert und endlich kamen auch abgelegte Kleidungsstücke von den Kindern des Direktors unter den Arbeitern zur Verteilung. Zwei Arbeiter im Alter von 22 Jahren hatten sich nun dem Verein angeschlossen, und zwar freiwillig, wohl hauptsächlich aus dem Wunsch ihrer Köler, die seit Jahren auf dem hiesigen Werk in Arbeit sind. Diese beiden Arbeiter schlossen sich nun der freien Turnerschaft an. Da

aber Wertverein und Freie Turnerschaft nicht zusammen harmonieren, kündigten sie ihre Mitgliedschaft im Wertverein am 17. März. Nach wiederholten Zureden des Proletariats Barntin, doch dem Wertverein weiter anzugehören, was aber von beiden strikte abgelehnt wurde, erhielten sie schon am folgenden Tage (18. März) ihre Entlassung. Jeder Kommentar dazu ist überflüssig. Natürlich streiten unsere Gegner ihren bielebigen Terrorismus auch fernschin ab. Wie stellt sich die Generaldirektion zu dieser Sache? Kann sie den Direktor Senger etwas in seine Schranken zurückweisen?

Geisenberger verurteilt.

Wir berichteten kürzlich, daß der „Direktor“ Geisenberger vom Wert Griesheim-Elektron wegen Unterschlagung verhaftet worden sei. Mittlerweile hat die Gerichtsverhandlung ergeben, daß G. nur Proletarist war. Er hat im ganzen 156 000 Mk. unterschlagen und wurde zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. G. war, wie aus seinem Lebenslauf hervorgeht, als Sohn eines armen Schuhmachers durch eigene Kraft in einflußreiche Stellungen gelangt. Verschwendungssucht, die nach ärztlichem Gutachten aus starker Einschränkung seiner freien Willensbestimmung infolge hochgradiger Intemperanz, Nervenschwäche und Arterienverhärtung herrührt, hat ihn auf schiefe Bahnen gebracht, wodurch seine Laufbahn in anders als gewollter Richtung endete.

Eine Explosion in Bomliß bei Walsrode.

Eine große Explosion fand am Mittwoch, dem 1. April, abends gegen 8 Uhr auf dem hiesigen Pulverwerk von Wolf u. Ko. statt. Zum Glück ist kein Menschenleben zu beklagen. Eigenartig mutet es aber an, wenn in der hiesigen Presse die Sache so dargestellt wird, als ob die Explosion infolge eines Blitzschlags eingetreten sei, da man von einem Gewitter nichts bemerkt hat. Die Arbeiter wundern sich nicht über diese bequeme Art, die Explosionsursachen zu erklären, da sie vermuten, daß die Firma kein Interesse daran habe, den wahren Ursachen auf den Grund zu gehen. Schrieb doch unlängst eines Unfallschicksals im vorigen Jahre der Hannoversche „Wollwille“, daß sich in diesem Betriebe in den letzten dreißig Jahren nicht weniger als 63 Unfallsfälle mit tödlichem Ausgang ereignet haben. Treffend wurde hierzu bemerkt: „Wenn dies zutrifft, wäre es wohl Aufgabe der zuständigen Behörden, etwas mehr Aufmerksamkeit dem Betriebe zu schenken, damit nicht in so widerlicher Weise mit Menschenleben umgegangen wird.“ Inwiefern die Behörde dieser Aufforderung nachkommt, entzieht sich unserer Kenntnis. Mit Zug und Recht kann man aber behaupten, daß die Firma nicht gerade in dem Geruch steht, eine muster-gültige Arbeitstätte zu haben, wenn auch anerkannt werden soll, daß in letzter Zeit manches besser geworden ist. Besonders niedrige Löhne sind es, worüber die Arbeiter klagen. Es sei aber an dieser Stelle gesagt, daß sie selbst an diesen Verhältnissen nicht ganz unbeschädigt sind, denn solange es noch Arbeiter gibt, die sich zu Ueberstunden drängen und erlauben, mit den bestehenden Löhnen gut auskommen zu können, ist an Besserung von Seiten der Unternehmer nicht zu denken. Darum, Kollegen und Arbeitsbrüder, rufen wir euch zu: Sorgt für Aufklärung und organisiert euch, denn einzeln seid ihr nichts, vereinigt aber eine Macht! St.

Unfälle in den Höppler Farbwerken.

Am Mittwoch, dem 1. April, verunglückte der Heizer Güdes in den Höppler Farbwerken dadurch, daß beim Reinigen eines Kanals glühende Asche über ihm zusammenstürzte. Er trug starke Brandwunden davon. Am gleichen Tage verunglückte der Schlosser Mendel. Er geriet mit der Hand in einen Ventilator. Die Hand wurde ihm zerschmettert. Nachweislich fehlt am Ventilator die Schutzvorrichtung nebst Verriegelung. Manlich wird dem Arbeiter durch den Jugentier Bruch die Schuld am Unfall in die Schuhe geschoben. Ein anderer Unfall passierte kürzlich dem Arbeiter Kaiser in der Sulzfabrik. Er wurde durch eine Stichflamme, die sich auf noch nicht recht aufgeklärte Weise bei der Explosion einer Bombe entzündete, schwer verbrannt.

Keramische Industrie

Agitations-Material.

Zur Agitation unter den Arbeitern der Zementfabriken ist ein neues Flugblatt in deutscher und polnischer Sprache erschienen. Ebenso ein Flugblatt in polnischer Sprache für die Ziegelerarbeiter. Bestellungen sind an die Expedition des „Proletariats“ zu richten.

Die Branchenleitung.

Vom Ziegelmarkt.

Die Aussichten der diesjährigen Geschäftslage in der Ziegelindustrie sind im allgemeinen nicht ungünstig. Aus den meisten Bezirken wird jedoch jetzt über eine lebhaftere Bautätigkeit berichtet. Als Beweis dafür mögen die nachfolgenden Berichte gelten.

Bamberg. Eine Belebung des Baummarktes macht sich nun allmählich bemerkbar. Die Preise und Zahlungsbedingungen sind unverändert.

Bayern. Es ist eine Besserung in der Baumtätigkeit eingetreten. Mauerziegel finden verhältnismäßig guten Absatz. Preise und Zahlungsbedingungen sind jetzt auch ausgenommen.

Chemnitz. Die Baumtätigkeit haben sich günstiger gestaltet. Die Geschäftsaussichten sind günstig.

Dielefeld. Der Baummarkt hat gegen das Vorjahr eine Besserung angenommen. Mauerziegel und Dachziegel finden guten Absatz.

Herbach a. R. Der tägliche Verkauf an Holzziegeln und Hohlziegeln ist andauernd im Steigen begriffen, so daß nur noch geringer Vorrat vorhanden ist. Die Geschäftsaussichten sind gut.

Hannover. Die Holzziegel sind ziemlich ausverkauft. Das Jahr 1914 könnte eine Besserung bringen zu wollen. In Linden regt sich die Baumtätigkeit in allen Gattungen.

Helmstedt. Der Absatz war bis jetzt gut und sind die Aussichten weiter günstig.

Helmstedt. Es ist eine merkliche Belebung des Ziegelmarktes zu verzeichnen. Die Verträge an Mauerziegel sind nur gering. Verschiedene Bezirke haben bereits mit dem Bestehen der vorläufigen Formlinge begonnen. Anfang April soll der Vertrieb in den Ziegeln allgemein wieder aufgenommen werden. Die Löhne sind um 5 Mk. pro 10 Tonnen höher geworden. Arbeiter sind genügend zu haben. Die Aussichten sind nicht schlecht.

Helmstedt. Die Baumtätigkeit läßt sich gut an. Die Absatzverhältnisse sind im allgemeinen befriedigend. Lagerbestände sind nicht vorhanden. Der Absatz entspricht in diesem Jahre ein guter zu werden.

Helmstedt. Die Baumtätigkeit ist ziemlich reger. Der Absatz von Mauerziegel ist bisher zufriedenstellend und auch die Aussichten sind als gut zu bezeichnen. Die Verträge sind gering und die Preise angemessen.

Helmstedt. Die Baumtätigkeit regt sich auf allen Gebieten. Mauer- und Dachziegel finden guten Absatz. Die Aussichten sind allgemein gut. In den Bezirken hat sich die Baumtätigkeit gut entfaltet. Die Aussichten sind nicht ungünstig. Die Preise sind im Sandstättengebiet gut.

Krefeld. Die Baumtätigkeit entwickelt sich lebhaft. Die Verträge an Mauerziegel sind im allgemeinen mit gemeinsamen Verkaufsformeln bleibt bestehen so daß es noch günstigen dürfte, die Preise etwas zu erhöhen.

Krefeld. Die Lagerbestände sind bisher ziemlich ausgenommen. Einmal mehr haben die Verträge vollständig gekündigt, so daß schon Anfang dieses Monats mit Lieferung hervorgegangen werden.

Krefeld. Das Jahr 1914 läßt sich etwas besser als das Vorjahr an. Die Aussichten sind im allgemeinen gut. Die Ziegelpreise haben sich etwas an.

Krefeld. Die Baumtätigkeit hat sich in letzter Woche einen Absatz. Die Aussichten sind im allgemeinen gut.

Krefeld. Die Baumtätigkeit hat angefangen und die Aussichten sind als gut zu bezeichnen. Die Preise sind im allgemeinen gut.

Meß. Die Mauerziegel werden flott abgesetzt; teilweise erfolgt der Versand per Schiff. Die Preise sind durch das Syndikat geregelt. Die bis jetzt angemessenen Bauten lassen auf ein gutes Jahr schließen.

Pirna. Dachziegel finden günstigen Absatz. Das Kalksandsteinwerk, das den umliegenden Ziegeln erheblichen Wettbewerb macht, ist von der Ziegelkonvention erworben worden. Die Preise sind auskömmlich.

Sommerfeld, N.-O. Mauerziegel finden schlanen Absatz. Der Versand nach außerhalb hat begonnen, es laufen fortgesetzt Anfragen und Bestellungen ein. Die Aussichten versprechen ein mittleres Geschäft. Die Arbeiterfrage ist auf wiederholte Bemühungen der Ziegelerarbeiter dahingehend geregelt, daß ausländische Arbeiter weiterbeschäftigt werden können.

Schwern i. M. Das Mauerziegelgeschäft hat mäßigen Absatz zu verzeichnen. Die Lagerbestände und auch die Ziegelpreise sind mittelmäßig. Die Aussichten sind im allgemeinen befriedigend.

Stuttgart. Die Bautätigkeit hat einen kleinen Aufschwung zu verzeichnen. Der Absatz von Mauerziegel war bislang noch mäßig, verspricht aber für die nächste Zeit gut zu werden.

Uetzer münde. Die Nachfrage nach Ziegelsteinen hält sich in bescheidenen Grenzen, genügt aber für die geringen Vorräte und hat den Ziegelerarbeitern die Heraushebung der Preise um 2 Mk. pro Tausend ermöglicht.

Ulm. Die Lagerbestände sind nicht allzu groß. Die Aussichten für Mauer- und Dachziegel sind günstig, da eine rege Bautätigkeit zu erwarten ist.

Wittenberg. Die Bautätigkeit ist sehr reger. Mauerziegel, Dachziegel und Verblender finden daher guten Absatz. Dasselbe gilt auch für Kalksandsteine und Zementdachsteine. Die Vorräte sind gering, die Aussichten gut.

Worms. Die allgemeine Bautätigkeit scheint dieses Jahr lebhaft zu werden, so daß die Aussichten als befriedigend gelten können. Die Vorräte sind zwar ziemlich groß, dürften aber für das Frühjahr notwendig sein. Die Preise sind durch das Syndikat festgelegt.

Zehdenick. Die Verladung von Mauerziegel hat begonnen, sie bewegt sich jedoch nur in bescheidenen Grenzen, da die Abmachungen mit der Transportgenossenschaft noch nicht abgeschlossen sind. Dabei macht sich der mehrwöchige Fall bemerkbar, daß die Schiffer nicht den Verhältnissen entsprechend geringere, sondern höhere Frachtsätze verlangen. Die Geschäftsaussichten lassen eine bestimmte Schlussfolgerung noch nicht zu.

Mit Ausnahme von Zehdenick lauten die Nachrichten also allgemein günstig. Guter Absatz, feste Preise, teilweise sogar gesteigerte Preise, sind die Signatur der Geschäftslage. Für die Ziegelerarbeiter ist dies das Signal zur Bereitschaft. Mögen sie es nicht überhören, dann sind auch für sie die diesjährigen Aussichten günstig.

Ein wohlthätiger Fabrikdirektor.

Der Direktor des neugegründeten Rheinisch-Westfälischen Zement-Syndikats, Herr E. Kronenberg in Bochum, hat der Krebs- und Lupusstiftung zu Münster i. W. 100 000 Mk. als Spende überwiesen und noch weitere Unterstützungen in Aussicht gestellt. Diese Wohlthätigkeit ist ohne weiteres anzuerkennen und zu schätzen. Nur wäre zu wünschen, daß sich der Herr Direktor auch der Zementproleten einmal erinnert, die ihm doch wahrheitsgemäß erst die Mittel zur Betätigung seiner edlen Gesinnung schufen.

Herr Kronenberg war ja bis vor kurzem noch Direktor der Gieseler Kalk- und Portlandzementwerke „Meteor“, in denen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse noch sehr viel zu wünschen übrig lassen. Hier wäre eine 100 000-Mk.-Stiftung zur Aufbesserung der Arbeitslöhne sehr wohl angebracht. Allerdings eröffnet eine solche Stiftung keine Aussicht auf einen Titel oder Orden. Für die Zementarbeiter ist die Angelegenheit insofern interessant, als sie den Beweis liefert, daß sich als Zementfabrikdirektor mehr erübrigen läßt, als sie selbst in ihrem ganzen Leben bei Staub und Dreck verdienen.

Ziegelerbeiter als Werkzeuge des Terrors.

In Roswig i. Anh. sind die Bauarbeiter ausgesperrt. Der Verband der Arbeitgeber, dem auch die Ziegelerarbeiter angehören, hat sich eine Anzahl Arbeitswilliger aus Berlin senden lassen und diese den einzelnen Baufirmen zugestellt. Da eine Firma die Annahme der Hausziegel aus irgendwelchem Grunde verweigerte, ging ihr nachfolgender Brief zu:

Verband der Arbeitgeber für Roswig und Umgegend.
Roswig (Anhalt), den 28. März 1914.
Herrn August Schmidt,
Baugeschäft.

Sorben wird uns von dem Kolonnenführer Freimann und auch von Herrn Franz gemeldet, daß die Firmen zur Verfügung gestellten arbeitswilligen Maurer auf Ihren Bauten nicht weiter beschäftigt werden.

Ihre Söhne haben den Kolonnenführer Freimann, der doch für Anstellung und Ordnung in der Sache nach jeder Richtung hin zu sorgen hat, vom Bau verwiesen.

Ferner ist den Leuten das Material zur Arbeit, wie Mörtel, Sand und dergleichen, verweigert worden, und nunmehr zu guter Letzt hat einer Ihrer Söhne die Leute sogar aufgefordert, die Baustelle zu verlassen; auch ist die Baubude zugesperrt worden.

Das und gut, die Leute sind in einer Art und Weise behandelt worden, wie nicht unangenehmer von den Streikenden behandelt werden konnten.

Der Kolonnenführer Freimann stellt Ihnen die Leute nach wie vor zur Verfügung, und sind von heute morgen an die Leute zu Ihren Lagen für Sie zur Verfügung gestellt. Wir machen Sie besonders darauf aufmerksam, daß Sie alle Konsequenzen, die hieraus entfließen, wie Löhne, Rücktransport der Leute sowie Herrtransport dieser Leute, zu tragen haben.

Wir verstehen nicht, wie Ihre Söhne zu einer so unverständlichen Maßnahme greifen können, und vor allem haben wir keine Erklärung dafür, daß Sie sich um diese Angelegenheit abhören nicht kümmern. Sollten wir bis heute mittag 12 Uhr an Unterzeichner irgendwelche Nachrichten von Ihnen nicht erhalten haben, so werden wir weitere Maßnahmen zu treffen wissen, indem wir unsere Mitglieder (die Ziegeler) auffordern, keinerlei Steinlieferungen mehr zu machen.

Sie bedenken sehr, daß wir zu dieser Maßnahme greifen müssen, wenn Sie sich umgehend nicht anders entscheiden, und betonen wir nochmals, daß Sie für Konsequenzen aufzukommen haben. Dies ist im Einverständnis mit fast sämtlichen Vorstandsmitgliedern beschlossen.

Hochachtungsvoll
Verband der Arbeitgeber für Roswig und Umgegend.
Otto Lederbogen,
berz. 2. Vorsitzender.

Der genannte Firma wird also einfach erklärt, Sie haben die Firmen geleisteten Hausziegel zu beschaffen und zu bezahlen. Unterlassen Sie dies, so wird Ihnen jede Materiallieferung abgelehnt, und damit basta! Ein derartiges Vorgehen nennt man im allgemeinen Terrorismus. Bei den Unternehmern aber heißt es „Wahrung berechtigter Interessen“. Die Herrschaften sollen die Sache aber nicht überhören, denn auch ein Lederbogen kann einmal brechen.

Küde Richter.
Vor Oktober 1913 verlegte in der Kletzmischen Ziegelerlei in Zehdenick bei Breslau eine Maschine, was eine erhebliche Betriebsstörung zur Folge hatte. Der Werkmeister stellte deshalb Hilfskräfte ein, darunter auch Frauen und Jugendliche, die in zwei Fällen zur Arbeitszeit beschäftigt wurden sind, damit der Betrieb nicht ins Stocken komme. Das war ein Verstoß gegen die Reichsgewerbeordnung und der Werkmeister sowie der Ziegelerleiter klemmten werden unter Anklage gestellt. Der Amtsanwalt brachte gegen Klemm vor dem hiesigen Schöffengericht 70 Mk. gegen den Werkmeister eine geringere Geldstrafe in Antrag. Zu seiner Verteidigung machte der Zeiger geltend, er habe dem mitangeklagten Werkmeister die volle Verantwortung für alles, was

mit dem technischen Betriebe zusammenhängt, schriftlich übertragen. Er selbst könne nicht fortwährend dahinter sein und darüber wachen, daß alle gesetzlichen Vorschriften erfüllt würden, weil er in Breslau noch ein Eisen-Engrosgehalt zu leiten habe.

Der Vertreter der Anlage meinte, daß sei kein stichhaltiger Einwand, dann müßte er eben das Engrosgehalt in Breslau aufgeben, damit ihm die Zeit bleibt, in der Ziegelerlei nach dem Rechten zu sehen. Das Gericht verurteilte den Werkmeister zu 35 Mark Geldstrafe, sprach aber den Ziegelerleiter frei, weil ihm nicht zugemutet werden könne, jeden Tag den Betrieb in Stabtrieb zu kontrollieren. Es genüge, wenn er das von Zeit zu Zeit tue. Wenn man sich aber auf diesen Standpunkt stellt — so führte der Vorsitzende in der Arbeitsbegründung aus — so könne sehr wohl einmal eine Uebertretung der Arbeitsbegründungsvorschriften vorkommen, aber es gehe nicht an, den Arbeitgeber jedesmal mit zu bestrafen, weil die Verträge eben trotz der öfteren Kontrolle vorkommen können. Gegen den Freispruch hat die Anwaltschaft, wie wir erfahren, bereits Berufung eingelegt. Es bleibt also abzuwarten, ob die Strafkammer sich diese Begründung auch zu eigen machen wird.

Aus Thüringen.

Etzleben a. d. Saale. In unserm Orte ist die Keramische Industrie mit einer Ziegelerlei, einem Gipswert und drei Kalkbrennereien vertreten. In diesen Betrieben werden über 100 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, die, mit wenigen Ausnahmen, alle in Etzleben wohnen. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind nicht die besten in diesen Betrieben, da es die Arbeiter bis heute verfehlte, sich einer freien Organisation, dem Fabrikarbeiterverband, anzuschließen. Trotzdem der Gewerkschaft der Fabrik- und Handarbeiter (G.-H.) eine ansehnliche Mitgliederzahl hier hatte, ist es der Leitung dieses Vereins bis heute nicht eingfallen, auch nur das geringste zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse zu unternehmen. Das scheinen die Arbeiter jetzt einzusehen, denn die Mitgliederzahl geht immer mehr zurück. Und das ist auch gut so; denn eine Arbeitervereinigung, die ihre Hauptaufgabe darin sieht, daß sie „oben“ nicht aufsteht, ist wert, daß sie so rasch als möglich von der Bildfläche verschwindet.

In der Ziegelerlei E. Voigttritter sind die Löhne und die sonstigen Arbeitsverhältnisse einfach traurig zu nennen. Eisenarbeiter verdienen bis 27 Mk., Brenner 18 Mk., Pressenarbeiter 20 Mk., in der Torgrube werden 18 Mk. selten überschritten und die Frauen verdienen bis 9 Mk. die Woche.

Die Arbeitszeit beträgt 10 Stunden, für die Brenner 12 Stunden. Gute sanitäre Einrichtungen fehlen. Die vorhandene Badeanstalt ist in einem unbrauchbaren Zustande. Waschküche ist nicht vorhanden. Bessere Reinigung der Aborte wäre dringend notwendig. Ein Speiseraum ist nicht da, ebenfalls fehlt ein Arbeiterveranda.

Ebenfalls verbesserungsbedürftig sind die Arbeitsverhältnisse bei der Firma Samtleben, Gipswerke. Bei der überaus gesundheitsgefährlichen und schweren Arbeit sind Löhne von 35 bis 40 Pf. pro Stunde viel zu niedrig bemessen; ja es sind Arbeiter vorhanden, deren Stundenlohn nur 27 Pf. beträgt. Auch diese Firma scheint sanitäre Einrichtungen für die Arbeiter als überflüssig zu erachten, denn sonst müßte doch bei dieser besonders staubigen Arbeit Wasch- und Badegelegenheit vorhanden sein. Eine Badeanstalt ist wohl da, ist aber nicht zum Gebrauch eingerichtet. Trinkwasser ist nicht vorhanden. Die zum Schutze der Arbeiter geschaffenen Unfallversicherungsbedingungen finden keinerlei Beachtung.

Ähnlich schlecht sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Kalkbrennereien. Die Firma Robert Beyer bezahlt die Arbeiter besonders schlecht. 20 bis 21 Mk. für die schwere, schmutzige und gesundheitsgefährliche Arbeit kann doch wohl nicht als annehmbarer Lohn gelten. Die vorhandene Badeanstalt darf von den Arbeitern nicht benutzt werden. Ein Abort ist nicht vorhanden. Der Speiseraum ist nicht zu benutzen, weil er nicht gereinigt wird.

Bei den Firmen H. Gübel und E. Fuldner muß auch noch manches gefehlt, bevor die Verhältnisse als gut bezeichnet werden können. In der Arbeiterschaft liegt es, sich selbst zu helfen, denn von anderer Seite ist Hilfe nicht zu erwarten.

Deshalb ist es notwendig, daß sich sämtliche in den angeführten Betrieben Beschäftigte dem Fabrikarbeiterverband anschließen, um durch den Zusammenschluß gute Arbeitsverhältnisse zu erkämpfen.

Gegnerische Gewerkschaften.

Die Spaltung der Gelben.

Zwischen der Essener und der Berliner Richtung der Gelben bestehen beträchtliche Differenzen, die zur Folge hatten, daß die gelben Wertvereine ausfielen. Sie gaben vor, nicht auf das Streitrecht in jedem Falle verzichten zu können, wie die Essener, auch müßten sie politische und religiöse Neutralität üben. Am 28. März haben sich nun die Wertvereine Berliner Richtung in einer Vertretung zu einem Kartellverband deutscher Wertvereine zusammengeschlossen. Vertreter waren erschienen aus Berlin, Dresden, Chemnitz, Wilschdorf, Wurzen, Meissen, Halle a. d. S., Hamburg, Mainz, Wiesbaden, Frankfurt a. M. und andern Städten. Es wurde eine Resolution angenommen, in der es heißt: „Nach den Ausführungen der einzelnen Redner konstataren wir, daß eine Einigung zwischen der Berliner und der Essener Wertvereinsrichtung ausgeschlossen ist. Die anwesenden Vertreter deutscher Wertvereine begrüßen die Anregung zur Gründung des Kartellverbandes deutscher Wertvereine und geben die Erklärung ab, das Programm der Berliner Wertvereine anzuerkennen, weil es den berechtigten Wünschen der deutschen Arbeiterschaft entspricht.“

Daß irgendeine gelbe Richtung sich anmaßt, den „berechtigten“ Wünschen der deutschen Arbeiterschaft zu entsprechen, ist mehr als lächerlich. Die Unterschiede zwischen beiden gelben Richtungen sind übrigens so groß, zu entscheiden, denn in der Praxis will uns schier bedünken, daß beide sich gleichen wie ein Ei dem andern.

Rundschau.

Das Koalitionsrecht im württembergischen Landtag.

Der Schutz des Koalitionsrechtes bei Vergebung von Arbeiten und Lieferungen ist vom württembergischen Landtage der Regierung zur Pflicht gemacht worden. Von der sozialdemokratischen Fraktion wurde beantragt, daß in die von der Regierung erlassenen Bestimmungen über die Vergebung von Arbeiten und Lieferungen die Vorschrift aufgenommen werde:

„Ausgeschlossen von der Berücksichtigung sind Angebote von Unternehmern, die ihren Arbeitern und Angestellten nicht völlige Koalitionsfreiheit gewähren.“

Der Antrag fand Annahme. Der Beschluß ist von prinzipieller Bedeutung. Es dürfte der erste Fall sein, daß eine gesetzgebende Körperschaft von der Regierung verlangt, den Unternehmern, die sich um staatliche Arbeiten bewerben, strenge Kesseltretung des Koalitionsrechtes zur Pflicht zu machen. Auch der weitere auf sozialdemokratischen Antrag gefasste Beschluß ist von erheblicher Bedeutung, daß bei der Zuschlagserteilung die Unternehmer, die die günstigeren Arbeitsbedingungen bieten, bevorzugt werden sollen.

Kartell-Ausschuß der Deutschen Arbeiter-Stenographen-Verbände.
Die Deutschen Arbeiter-Stenographen-Verbände haben sich zu einem Kartell mit dem Sitz in Berlin zusammengeschlossen, das den Zweck hat, die Verbreitung und Pflege der Kurzschrift, dieses wichtigen Bildungsmittels, in der deutschen Arbeiterschaft unter Ausschaltung aller Systemtreues zu fördern. Alle in Deutschland bestehenden Arbeiter-Stenographen-Verbände für bestimmte Systeme haben sich in diesem internationalen Kartell zusammengeschlossen, und zwar: Der deutsche Arbeiter-Stenographenbund, System Krensch, (Verbandsleitung: G. Richter, Burgheim b. Vahr i. W.); der Arbeiter-Stenographen-Verband Stolze-Schrey (Verbandsleitung: Fritz Hagenow, Hamburg 26, Grüner Weg 17); der Kollersche Arbeiter-Stenographenbund (Verbandsleitung: Richard Wolf, Berlin-Pantow, Nordbahnstr. 3); der deutsche Arbeiter-Stenographenbund (Stenographische) (Verbandsleitung: Karl Behner, Rammheim, Bellenstr. 56); der Arbeiter-Stenographen-Verband für Nationalstenographie (Verbandsleitung: Paul Grafemann, Gotha, Stadlerstr. 1).

Vorsitzender des Kartell-Ausschusses ist Genosse Oskar Schläpfer, Berlin-Tempelhof, Kaiserin-Augusta-Straße 70 (Stolze-Schrey), an den alle Zuschriften zu richten sind.